

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1926)

6. Jahrgang.

Donnerstag, 6. Mai 1926.

Nr. 106.

Gewerberettung mit — Agrarzöllen!

Es gibt keinen zweiten Stand, dessen wirtschaftliche Lage ihn zu einer derart leichten Peinigung der plumpsten, ordinärsten Demagogie machen würde, wie den Gewerbestand. In ständiger Existenzunsicherheit, oft unter noch elenderen Einkommensverhältnissen als industrielle Arbeiter ihr „selbständiges“ Dasein fristend, kämpfen besonders die Kleingewerbetreibenden einen verzweifeltsten Kampf um ihre Existenz. Die meisten von ihnen haben nie zu begreifen vermocht, daß ihr Todfeind nicht die Arbeiter-schaft und nicht der Sozialismus, sondern der Kapitalismus ist, dessen Opfer sie ebenso sind wie das Industrie-proletariat, sie haben daher früher fanatisch, anstatt ihre vielfach gleichartigen Interessen mit der Arbeiterschaft zu erkennen, bürgerlich-kapitalistischen Parteien politische Gefolgschaft geleistet, die ihnen den verlorenen goldenen Boden des Handwerks zurückzubringen versprochen. Zuerst leisteten die Gewerbetreibenden den Deutschliberalen politische Trabantendienste, später legten sich auch die übrigen bürgerlichen Parteien ein Gewerberettungsprogramm zu recht, um nach ihren Stimmen zu fischen, und besonders war es die christlichsoziale Partei unter Bueger, die mit der Verheißung goldener Berge die Gewerbetreibenden einzufangen verstand. Die Angst vor dem Verfallen in das Lohnproletariat ließ die Angehörigen dieses Standes nach jedem Strohhalm Hoffnung haften, von dem sie glaubten, er könne sie aus der kapitalistischen Flut auf festes Land führen, und die bürgerlichen Parteien waren gewissenlos genug, durch Zuerwerfen solcher Strohhalm diese Menschen von ihren eigentlichen Interessen abzulenken.

Hundertfach von den deutschbürgerlichen Demagogen enttäuscht, haben viele Gewerbetreibende geglaubt, ihre Rettung werde rapid vor sich gehen, als einige verjüngungsbedürftige Herren nach dem Kriege eine eigene Gewerkepartei gründeten. Dieses Parteichen war von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, es vermochte bisher aus eigener Kraft nicht einmal ein einziges Mandat zu erringen und suchte, um zu einer parlamentarischen Vertretung zu kommen, Wahlhilfe bei verschiedenen bürgerlichen Parteien. Durch Wahlbündnisse — bei den letzten Wahlen mit den Agrariern — erreichte die Gewerkepartei etliche Abgeordneten- und Senatsmandate, aber sie hat um den Preis dieser einigen Mandate ihre Unabhängigkeit eingebüßt, die doch der Zweck der eigenen Parteigründung war. Es war schon Verrat an den Interessen des Gewerbestandes, als die Gewerkepartei zum Dank dafür, daß die deutschen Agrarier sie auf ihre Kandidatenliste genommen hatten, im Parlament dem Klub des Bundes der Landwirte beitrug, denn abgesehen davon, daß beide Parteien gleichermaßen in tiefster Seele reaktionär sind, laufen ihre wirtschaftlichen Interessen vollständig auseinander. Gemeinsam ist ihnen der bornierte Arbeiterhaß, gemeinsam auch der reaktionäre Sinn, aber daß die Erfüllung der agrarischen Ziele, die auf die Verteuerung der Lebensmittel zur Bereicherung der reichen Grundbesitzer hinauslaufen, das Geringste dazu beitragen könnte, die Not der Gewerbetreibenden zu lindern, kann nicht einmal der rückständigste Angehörige dieses Standes erhoffen.

In den sechs Jahren, seitdem die deutsche Gewerkepartei im Parlamente vertreten ist, hat sie den Gewerbetreibenden außer einigen zünftlerischen Anträgen, die papierernen Wert hatten, nichts gebracht. Jetzt endlich hat ein von ihr unterstützter Antrag Aussicht auf Verwirklichung. Endlich werden sich die gewerkeparteilichen Abgeordneten und Senatoren auf einen Erfolg einer von ihnen mitunternommenen parlamentarischen Aktion berufen können. Aber worin besteht dieser Erfolg und was wird er den Gewerbetreibenden bringen?

Im Senat wird der Antrag der tschechischen Agrarier verhandelt, durch den die Re-

Die Millionenschlacht zwischen Kapital und Arbeit

Presse und Nachrichtenbureaus im Dienste der Kapitalisten. — Zusammenstöße in London. Die Regierung provoziert weiter.

Der Generalstreik der englischen Arbeiter nimmt von Stunde zu Stunde mehr den Charakter einer gigantischen machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gesellschaftsklassen Englands an. Der Lohnstreik der Bergarbeiter tritt schon dadurch in den Hintergrund, daß der sichtbare Gegner der streikenden Arbeiterschaft nicht die Industriebarone sind, sondern die ihnen dienstbare Regierung. Es ist das erstmal, daß ein großer Kampf auf der einen Seite der Barrikade die Proletarier, auf der andern die Regierung sieht, hinter der sich die eigentlichen Drahtzieher geschildert verbergen. War früher der Staat mit all seinen Machtmitteln — Polizei, Bureaucratie, Armee — Bundesgenosse der herrschenden Klasse, in den letzten Jahren unter dem Eindruck der politischen Macht der Sozialdemokratie vielfach Vermittler, Verschlichtungsfaktor, so ist er diesmal in England der Gegner schlechthin und die Kapitalisten sehen aus sicherer Deckung dem Kampf zu, den die Toryregierung für die Erhaltung der göttgewollten kapitalistischen Weltordnung führt. Diese neuartige Stellung der Fronten im Klassenkampf, die uns im Lande der ältesten und durchgebildeten bürgerlichen Demokratie den bürgerlichen Klassenstaat unverhüllt als Machtinstrument der Klasse zeigt, die ihn beherrscht, wird nachgerade zu einer lauten Rechtfertigung der marxistischen Staatstheorie und spricht allen anderen Theorien vom Staate Hohn. Im Wesen des Kampfes drückt sich der Charakter der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus aus, es wird immer klarer, daß es um die Macht im Staate geht, denn der Sieger oder Besiegte in diesem Kampf werden in erster Linie nicht die Kapitalisten, sondern ihr Werkzeug, der Staat sein. Am Ende des Kampfes wird entweder die Zerstörung des bürgerlichen Klassenstaates oder eine Stärkung der Staatsgewalt stehen, die an fassliche Zustände mahnen würde.

Der Staat hat vor allem das gesamte Nachrichtenwesen in den Dienst der bürgerlichen Klasse gestellt. Das Nachrichtenbureau gibt Tendenzmeldungen aus, die systematisch Nutzlosigkeit und Verzweiflungstimmung erzeugen, die Bourgeoisie ermuntern und das Proletariat ins Bodshorn jagen sollen. Die Fälle von Streikbruch werden maßlos aufgebauscht, der Notstandsverkehr in einen bereits funktionierenden Verkehr umgewandelt. Es muß aber gesagt werden, daß auch die Pressebureaus anderer Staaten sich an der Ausgabe tendenziöser Meldungen beteiligen. So gibt das tschechische offizielle Pressebureau (CTA) eine Fülle von Neuterenten und anderen tendenziösen Nachrichten aus. Die Erregung der Arbeiterschaft wird als Erzeugnis des „Abwells“ hingestellt, die Zerstörung eines „wertvollen Automobils“ wird als wichtiges

ereignis kolportiert, in einem Kampf, der die englische Volkswirtschaft täglich 60 Millionen Markt kostet!

Nötiger als je ist es in diesem Augenblick, für die Verbreitung der Arbeiterpresse und ihrer Nachrichten zu sorgen und den Kampf gegen die bürgerliche Lügenpresse aufzunehmen, die in ganz Europa den englischen Kapitalisten moralische Hilfe leistet.

Die Regierung spielt den starken Mann und droht, sie werde mit den Verhandlungen überhaupt erst beginnen, wenn die Trade Unions die

Generalstreik-Ordre widerrufen. Auch diese Forderung der Tories wird von der bürgerlichen Presse begrüßt. Die Arbeiterschaft muß dieser geschlossenen Front der internationalen Bourgeoisie ihre Solidarität entgegenstellen, die der englischen Arbeiterschaft materiell und moralisch eine Stütze sein muß und unseren englischen Genossen das Bewußtsein verleiht, in der ersten Linie der sozialistischen Front zu stehen, an einem Posten, auf dem ein wichtiges Vorpostengefecht der sozialen Revolution ausgefochten wird.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam folgendes Telegramm gerichtet:

„Beim Ausbruch des größten gewerkschaftlichen Kampfes, den die Welt bisher gesehen, ist das sozialistische Proletariat aller Länder einig in dem heißen Wunsch, daß das schwere, gefährliche Ringen der englischen Arbeiter zum siegreichen Erfolg führe, einig in dem entschlossenen Willen, alle Kräfte auszubieten, um seine internationale Solidarität moralisch und materiell zu befestigen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird ihre Aktion in diesem Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der die internationale Strategie dieses gewerkschaftlichen Kampfes zu bestimmen hat.“

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat heute den Bureaumitgliedern den Vorschlag unterbreitet, die Sitzung des Bureaus vorzubereiten und sie bereits am 11. Mai in Amsterdam abzuhalten. Wir bitten Sie um sofortige Nachricht, an welchem Zeitpunkt im Anschluß an diese Bureau-sitzung eine Fühlungsnahme mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes möglich ist.

Für das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale:
Friedrich Adler.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale an den Internationalen Gewerkschaftsbund.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat heute den Bureaumitgliedern den Vorschlag unterbreitet, die Sitzung des Bureaus vorzubereiten und sie bereits am 11. Mai in Amsterdam abzuhalten. Wir bitten Sie um sofortige Nachricht, an welchem Zeitpunkt im Anschluß an diese Bureau-sitzung eine Fühlungsnahme mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes möglich ist.

Für das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale:
Friedrich Adler.

gewerbestandes, denn die Gewerbetreibenden sind nicht Produzenten, sondern Konsumenten der landwirtschaftlichen Produkte, nichts als Konsumenten, und die Gewerkepartei möchte, würde ihr wirklich die Vertretung gewerblicher Interessen als Ziel vorshaweden, statt für die Zollbelastung, gegen sie entschieden Stellung nehmen. Was soll es den Gewerbetreibenden nützen, wenn die Zölle der reichen Grundbesitzer — denn nur diese werden von ihnen Vorteil haben — und dem Staat erhöhte Einnahmen schaffen? Die Hauptidee der kleinen Gewerkschaften ist die Klasse der Arbeiter und Angestellten aller Art. Wird deren Kaufkraft geschwächt, was die der Einführung der Agrarzölle folgende Lebensmittelteuerung unbedingt bewirken muß, — so werden neben ihnen vor allem die Gewerbetreibenden die Geschädigten sein; die Arbeiter und Angestellten werden sich noch mehr einschränken müssen, doch nicht bei den Auslagen für die Nahrung werden sie diese Einschränkungen vornehmen können, sondern bei den Auslagen für Neuanschaffungen. Das soll Gewerbetreuer sein, daß die Massen der Verbraucher gezwungen werden, den allergrößten Teil ihres Arbeitsertrages zur Befriedigung

der primitivsten Lebensbedürfnisse, für Nahrung, zu verwenden, so daß für Kleider, Schuhe, Wohnungs-pflege und andere Gebrauchsgegenstände nichts übrig bleibt? Wird es den Geschäftsleuten, den Handwerkern, den Gewerbetreibenden besser ergehen, wenn bald nur die reichen Landwirte als ihre Kundschaft werden auftreten können?

Das Eintreten der deutschen Gewerkepartei für die Hungersölle ist aus wirtschaftlichen Gründen absolut nicht zu erklären. Nicht ein sachlicher Grund ist aufzutreiben, der sie veranlassen könnte, der von den Agrariern beantragten Zollbelastung der städtischen und des größeren Teiles der ländlichen Bevölkerung zuzustimmen. Wenn sie es dennoch tun, können nur persönlich-egoistische Motive Einzelner die treibende Kraft sein. Die Abgeordneten und Senatoren der Gewerkepartei verdanken ihre Mandate dem Bund der Landwirte, nach seiner Weise müssen sie tanzen, wollen sie bei nächsten Wahlen wieder auf die agrarische Liste gesetzt werden. Um die teureren Mandate zu retten, verzichten die Gewerbetreuer auf die Rettung des Gewerbestandes und helfen mit, ihm eine blutende Wunde zu schlagen.

Die Streikparole wird reiflos befolgt.

London, 5. Mai. (Eigenbericht.) Im Hauptquartier der Gewerkschaften wird erklärt, daß die Befolgung der Streikparole alle Erwartungen überbiete. Die Schwierigkeiten bestehen nicht darin, die Arbeiter der zum Streik aufgerufenen Betriebe zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen, sondern umgekehrt, die übrige Arbeiterschaft dazu zu bewegen, ihre Arbeit wie bisher fortzusetzen.

Ein Mitteilungsblatt der Gewerkschaften.

Berlin, 5. Mai. Der sozialdemokratische Pressedienst meldet aus London: Die Gewerkschaften, die bisher die Nachrichtenübermittlung offiziellen Quellen überlassen hatten, beabsichtigen heute abends die Herausgabe der „British-Gazette“ seitens der Regierung mit der Veröffentlichung eines unter dem Namen „British-Worker“ erscheinenden offiziellen Streikbulletins, das nach Überwindung zahlreicher technischer Schwierig-

keiten der primitivsten Lebensbedürfnisse, für Nahrung, zu verwenden, so daß für Kleider, Schuhe, Wohnungs-pflege und andere Gebrauchsgegenstände nichts übrig bleibt? Wird es den Geschäftsleuten, den Handwerkern, den Gewerbetreibenden besser ergehen, wenn bald nur die reichen Landwirte als ihre Kundschaft werden auftreten können?

keiten in der Druckerlei des „Dall's Herald“ er-
scheint. Dieser Schritt hat sich als notwendig er-
wiesen, um dem Versuch der Regierung, den
Streik als einen politischen hinzustellen, entgegen-
zutreten und auf den rein industriellen Charak-
ter des Streikes hinzuweisen.

Die Polizeiknüttel in Tüchtigkeit.

London, 5. Mai. (Tsch. P. B.) Nachdem der
gestrige Tag ohne Ruhstörung verlaufen war,
kam es abends in den östlichen Bezirken Londons
zu Ausschreitungen. In Poplar wurden Auto-
mobile und Lastwagen, in denen zahlreiche Per-
sonen von ihren Arbeitsstätten in der City nach
ihren Wohnungen zurückkehrten, verschiedentlich
von jungen Burschen angehalten, die die Schauf-
reue bedrohten und die Fußgänger zwangen, aus-
zuweichen und den Rest des Weges zu Fuß zurück-
zulegen. Als im Laufe des Abends die Polizei
verstärkt wurde, nahmen die Feindseligkeiten der
Menge zu. Die Polizei machte infolgedessen
mehrere Angriffe mit den Knütteln. Zahl-
reiche Personen, die Mehrzahl davon junge Leute,
wurden ins Hospital gebracht. Bis auf einen

jungen Mann, der schwer verwundet wurde, konn-
ten sie wieder entlassen werden, nachdem sie ver-
bunden worden waren.

„Ungewöhnlicher Ernst der Lage“.

London, 5. Mai. (Tsch. P. B.) England befin-
det sich im akuten Stadium einer der größten Krisen,
welche es jemals durchgemacht hat und deren
Folgen sich bisher nicht absehen lassen. Niemand
vermag heute zu sagen, wie lange der Kampf an-
dauern und ob sich der Streik auf weitere Arbeits-
zweige ausdehnen werde. Die Führer der Arbeiter-
schaft sowie Ministerpräsident Baldwin und die ge-
samte Regierung sind sich des ungewöhnlichen
Ernstes der Lage und ihrer Verantwortlichkeit wohl
bewußt. Dies zeigte sich auch in der Montagigen
Parlamentssitzung, welche einen sehr dramatischen
Verlauf nahm und, wie sich ein hervorragendes
Mitglied des Parlaments äußerte, sich geradezu in
einer Atmosphäre abspielte, welche jener der Lage
ähnelt, an denen der Weltkrieg erklärt wurde.
Trotzdem hier und da die Hoffnung ausgesprochen
wurde, wiederum den Versuch einer friedlichen Be-
ilegung des Konfliktes zu unternehmen, zeigen sich
hierfür bisher gar keine Anzeichen.

Die Bergarbeiter in der Tschechoslowakei für die Unter- stützung des englischen Streiks.

Keine Erhöhung der Kohlen- und Koksabfuhr. — Beratungen mit den Eisenbahnern.

Aus der Kanzlei der koalitierten Berg-
arbeiterverbände wird uns mitgeteilt:
Wie bekannt hat die Exekutive des internati-
onalen Verbandes der Bergarbeiter, dessen Mit-
glieder die koalitierten Bergarbeiterverbände in der
Tschechoslowakei sind, am 16. April in Brüssel den
Beschluss gefaßt, jede erhöhte Ausfuhr von Kohle
und Koks durch welche der Streik der Berg-
arbeiter in England gefährdet werden würde, zu
verhindern. Mit Rücksicht darauf haben die koaliti-
erten Verbände der Bergarbeiter in der Tschecho-
slowakei an das Ministerium für öffentliche Ar-
beiten und an den Verband der Bergbaubesitzer
Zuschreiben gerichtet, in denen verlangt wird,
die Besitzer der Gruben und die Kohlen-
kongerne aufmerksam zu machen, daß im
Falle einer Erhöhung der Kohlen- und Koks-

abfuhr die koalitierten Bergarbeiterverbände
zum Zwecke der Verhinderung dieser Ausfuhr
die weitgehendsten Maßnahmen ergreifen
müßten.

Morgen (Donnerstag) vormittag wird eine
Beratung der Vertreter der koalitierten Berg-
arbeiterverbände und Fachorganisationen
der Eisenbahner zum Zwecke der Durch-
führung der notwendigen Maßnahmen im Falle
einer Erhöhung der Kohlenabfuhr stattfinden.

Das Sekretariat des internationalen Berg-
arbeiterverbandes in London gibt offiziell den
Beginn des allgemeinen Streiks in England bekannt
und beruft im Sinne der Beschlüsse vom 16. April
in Brüssel für Samstag den 8. Mai die Sitzung
des internationalen Komitees ein.

Keine deutsche Kohle für England.

Berlin, 5. Mai. (Eigenbericht.) In einer
Konferenz, die der Vorstand des Allgemeinen
deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Vorstand
der Organisation der Bergarbeiter, der
Verkehrsarbeiter und der Eisenbahner heute ab-
hielt, wurde die Frage der Unterstützung der
englischen Arbeiter in ihrem gegenwärtigen
Kampfe eingehend erörtert. Die Konferenz war
der einmütigen Auffassung, daß von den deutschen
Gewerkschaften alles getan werden müsse, um die
englischen Gewerkschaften bei der erfolgreichen
Durchführung des Kampfes zu unterstützen. Die
Konferenz beschloß einstimmig, durch die betei-
ligten Organisationen die Kohlenversorgung
englischer Schiffe in deutschen Häfen sowie die
Anmusterung deutschen Personals zu ver-
hindern und in jeder Weise dahin zu wirken,
daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen
Häfen unterbleibt. Die beteiligten Organisationen
haben bereits die erforderlichen Schritte einge-
leitet.

Der internationale Transportarbeiterverband
wird nächste Woche im Beisein von englischen
und deutschen Vertretern in Amsterdam eine
Aussprache über die Lage abhalten.

Hege von links und rechts.

Die kapitalistische und die bolschewistische Presse
zum Streik.

Die bürgerliche Presse des gesamten Kon-
tinentes nimmt in dem Streik selbstverständlich
gegen die Arbeiter Partei und nützt schon durch
den Abdruck der offiziellen britischen Nachrichten
der englischen Kapitalistenklasse. Daß sie über
diesen Dienst hinaus noch ein überiges zu tun ver-
mag, um den englischen Kapitalisten moralische
Schützenhilfe zu leisten, beweist das „Prager
Tagblatt“. Das Blatt des Merchants, das sonst so stolz auf seine „demokratische“ Tradi-
tion und auf seine „objektive“ Poch, läßt
diesmal allen anderen bürgerlichen Blättern den
Rang ab und verwendet Letztere und Worte in
reicher Fülle für die Profitinteressen der Kohlen-
barone und Finanzmagnaten von England. Wäh-
rend die bürgerliche Provinzpresse im allgemeinen
neben den Tendenzäußerungen des Reutersbüros
noch einige objektive Bräut aus denen zu erse-
hen ist, daß die Stimmung für den Streik in weite-
ren Kreisen der englischen Bevölkerung gün-
stiger ist, macht das „Tagblatt“, soweit es aus
der Ferne am Stamme teilnehmen kann, gegen
die englischen Arbeiter scharf.

Der dreispaltige Titel auf der ersten
Seite lautete: „Das Arbeitslosentum als Streik-
erzeuger“, der Untertitel: „Die Arbeitslosen milben
sich in tiefer Zahl“, die Meldungen waren auch
drucktechnisch auf die Stimmungsmache zugunsten
der Bourgeoisie eingestellt. Die Abendgabe
des Merchants, die „Prager Abendzeitung“,
setzte die Hege fort und konstruiert einen
schweren Konflikt innerhalb der englischen Ge-
werkschaften, stellt den Eisenbahnerstreik als zu-
sammengebrochen hin und freut sich offen über
die „festen Haltung“ der Regierung. Dabei wa-

gen die beiden Kapitalistenblätter doch kein wirk-
lich offenes Bekenntnis, wie es immerhin der
Wiener „N. Fr. Presse“ über die Lippen
kommt, die ja auch sonst nie vorgegeben hat, ein
objektives und unabhängiges Blatt zu sein und
ihrer kapitalistisch-imperialistischen Hegearbeit we-
gen vor nicht allzulanger Zeit im Leitartikel des
„Tagblatt“ eine Rüge bekam, von der man doch
meinte, daß sie der Ueberzeugung und nicht dem
Konkurrenzneid erfloß. Man muß bei dieser Ge-
legenheit den Arbeitern mit aller Deutlichkeit vor
Augen führen, wenn sie dienen, wenn sie in Mas-
sen die „Neue Morgenpost“, die „proletarische“
Ausgabe der Merchants lesen. Dieses
oft sehr radikal auftrumpfende und sich arbeiter-
freundlich gebärdende Blatt hat nicht nur den
gleichen Eigentümer wie das „Tagblatt“
und die „Abendzeitung“, sondern auch die glei-
chen Mitarbeiter und tatsächlich auch die
gleichen Redakteure. Die Arbeiter lassen
sich diese Presse aufschwagen, die aus derselben
Werkstatt kommt wie das „Tagblatt“, das den
englischen Kapitalisten die Mauer macht.

Die Hege des „Tagblatt“ wird höchstens noch
übertroffen durch die des — „Vorwärts“. Es
war zu erwarten, daß die Kommunisten in der
gleichen Stunde, da sie wieder zur Einheits-
front aufrufen und den Streik zu einem großen
demagogischen Frischzug benützen wollen, auch diese
Einheitsfront in gewohnter Weise verwirklichen
würden. Ueber die ganze Seite des „Vorwärts“
läuft der Titel: „MacDonald und Thomas entlar-
ven sich als Agenten der Bourgeoisie“. Daß
MacDonald auch in der Kammerstimme des er-
sten Streiktages seine bewährte Ruhe und kühle
Ueberlegung nicht verlor, daß er nicht vom siche-
ren Sieg, von der Vernichtung des Gegners
sprach, sondern im Bewußtsein seiner großen Ver-
antwortlichkeit auf den Ernst der Lage verwies
und es bedauerte, daß durch die Haltung der Re-
gierung alles auf die eine Karte des Generalstreikes
gesetzt wurde, ist kein Verbrechen. Daß ein
proletarischer Führer sich seiner Verantwortung
bewußt ist, kann ein Kommunist natürlich nicht
verstehen. Daß man einen Streik, dessen Ende
im Dunkel liegt und der nicht nur den Sieg,
sondern auch eine schwere Niederlage bringen
kann, nicht jubelnd begrüßt, sondern mit Ernst als
unvermeidliches, letztes Kampfmittel ruhig und
besonnen akzeptiert, das geht einem revolutionä-
ren Spring- und Feld wider das in hundert leicht-
sinnigen Putzchen erprobte Temperament. Daß
die Führer von Millionen englischer Arbeiter in
diesem Streik nicht wie zur Kirme ziehen, son-
dern als denkende, überlegende, verantwortliche
Menschen, das scheint den Helden von
Ostrau ein Verbrechen gegen den fröhlich-
fröhlichen Kriegsgeist einer Presse, die seit je ihren
Ehrgeiz darin gesetzt hat, zum Massenkampf nur
die Militärmusik beizustimmen. Der „Vor-
wärts“ stellt sich durch seine Haltung in eine
Reihe mit dem „Prager Tagblatt“ und
wenn nicht die Absicht in beiden Fällen die gleiche
ist, so ist es umso gewisser der Effekt. Beide
Hege stärken die Stellung der eng-
lischen Kapitalistenklasse.

Die Gültigkeit der Kriegsanleihe-Lombardschulden der Gemeinden

Bernachtende Kritik des Regierungsentwurfes durch Genossen Dr. Heller im Verfassungsausschuß des Senates.

Prag, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des
verfassungsmäßigem Ausschusses wurde zunächst
der Gesetzentwurf über die Tilgung von Ver-
urteilungen, welcher im wesentlichen den gleichen
Inhalt wie das bisherige Gesetz vom Jahre 1918
mit einigen Verbesserungen hat, nach Vornahme
verschiedener Abänderungen einstimmig ange-
nommen.

Darauf gelangte ein

**Gesetzentwurf betreffend die Verbindlichkeit der
von Gemeinden herausgegebenen Urkunden**
zur Beratung. Dieser Gesetzentwurf ist aus dem
Umfange hervorgegangen, daß der Oberste Ge-
richtshof jene Rechtsgeschäfte der Gemeinden für
ungültig erklärte, denen nicht ein nach der Ge-
meindeordnung gültiger Beschluß der Gemeinde-
vertretung zugrunde lag. Infolgedessen haben sich
zahlreiche Gemeinden geweigert, jene Schulden zu
bezahlen, welche sie im Kriege zur Bezahlung der
Kriegsanleihe gemacht hatten. Der Entwurf
sagt nun, daß diese Einwendung der Ungültigkeit
bei Anleihen ausgeschlossen ist, welche in der Zeit
vom 26. Juli 1914 bis 31. Dezember 1924 auf-
genommen wurde, und über welche Urkunden her-
ausgegeben wurden, sofern die Gemeinden die aus
der Anleihe erwachsene Verbindlichkeit auf andere
Weise anerkannt haben.

Praktisch hätte dieser Entwurf zur Folge, daß
die Gemeinden alle Kriegsanleihe-Lombardschulden
mit fünf Prozent verzinsen und in 15 Jahren be-
zahlen müßten. Der Referent beantragte die An-
nahme der Vorlage. Gegen den Entwurf sprachen
sich Senator Friedrich (Deutschnational) und
Dr. Witt (Tschechischer Sozialdemokrat) aus.
In längerer Rede befaßte sich

Genosse Dr. Heller

mit dem Entwurfe und bemängelte vorerst, daß
die Regierung dem Senat keinerlei
Bisfern und Materialien vorgelegt
hat, aus denen die Folgen ersichtlich wären,
welche die Annahme des Entwurfes für die Ge-
meinden hätte. Genosse Dr. Heller schilderte den
Entwicklungsgang, teilte den Inhalt des zwischen
dem Verbands deutscher Selbstverwaltungskörper
und der Zentralbank deutscher Sparkassen abge-

schlossenen Uebereinkommens mit, führte weiter
aus,

daß die deutschen Bezirke und Städte ungefähr
230 Millionen Kronen Lombardschulden haben,
wobon nur ein geringer Teil bisher durch Ver-
gleich, Urteil und das Kriegsanleihegesetz geregelt
sei. Ungefähr 130 Millionen Kronen seien durch
das oben erwähnte Uebereinkommen gedeckt, ein
Rest von etwa 100 Millionen Kronen noch voll-
ständig ungeklärt. Durch den vorliegenden
Entwurf werde aber auch das Uebereinkommen in
Frage gestellt, so daß die Möglichkeit gegeben sei,
daß oben geschätzte Uebereinkommen durch
von 230 Millionen den Folgen des Gesetzes aus-
gesetzt wären. Da nun diese Gemeinden jährlich
durch 15 Jahre 9,56 Prozent des Lombardschul-
den zur Verzinsung und Tilgung ihrer Schuld
zu zahlen hätten, so würden die Gemeinden ge-
nötigt sein, aus diesem Titel

Umlagen in der Höhe von 500 bis zu
20.000 Prozent und darüber

einzuhoben, was praktisch unmöglich ist. Da nun
aber die Haussteuer sowie die Erwerbsteuer
der öffentlichen Rechnungslager nicht beliebig mit
Umlagen belegt werden kann, so

würden diese Umlagen nahezu ausschließlich
die Kaufleute und Gewerbetreibenden treffen.

Genosse Dr. Heller warnte davor, die Ent-
scheidung des Obersten Gerichtshofes durch ein
Gesetz hinfällig zu machen, und verwies insbe-
sondere darauf, daß jedes Vertrauen in die Rechts-
sicherheit schwinden müsse, wenn Gesetze mit einer
Rückwirkung auf zwölf Jahre erlassen würden.
Er wies nach, daß dieses Gesetz den notleidenden
Sparkassen nicht helfen könne, daß diesen vielmehr
durch die Regierung geholfen werden muß, was
um so begründeter ist, als man ja eine Milliarde
Kronen verfrachten Banken zu ihrer Sanierung
gegeben hat. Er beantragte schließlich die Ein-
setzung eines Subkomitees.

Diesem Antrag wurde einstimmig Folge ge-
geben und neben sechs anderen Senatoren auch
Genosse Dr. Heller in das Subkomitee gewählt.

Inland.

Die tschechische Sozialdemokratie und die Koalition.

Die „Rova Doba“ kommt darauf zu sprechen,
daß die tschechischen Agrarier wahrscheinlich auch
im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Ein-
führung fester Getreidezölle in der sechsfachen
Höhe der Vorkriegszeit stellen werden und er-
örtert dabei wie folgt die politischen Möglichkeiten,
die sich hieraus ergeben können:

Die Regierung könnte in diesem konkreten Fall
mit einer Zufallsmehrheit auch im Abgeordneten-
haus rechnen, aber nur in diesem Falle. Für
keine andere Aufgabe könnte sie
diese Mehrheit gewinnen. Sie muß daher
einfach mit der Tatsache rechnen, daß sie ihren
Mut, dem Zollgesetz mit der Durchsetzung
des Gesetzes zu entsprechen, mit ihrem Ende be-
zahlen wird. Denn sie könnte nicht damit rechnen,
daß sie nach einem Akt volkstümlicher Sozialpolitik
irgend eine Stütze in unserer Partei und in den
sozialistischen Parteien finden wird. Unsere Linie,
daß wir diese Regierung ihren Taten entsprechend
beurteilen werden, ist eine genügende Warnung
dafür, daß ihr nach vollzogener Einführung der
Zölle und Verteuerung der Lebensmittel ein
Kampf bis zum äußersten erklärt würde,
in welchem sie keine Stütze finden würde bei jenen,
denen sie das arme Volk, welche durch die
Zerlegungspolitik am meisten bedrückt wäre, aus-
lieferte. Die Regierung kann sich also ausfinden:
Entweder den bürgerlichen Parteien die Zölle und
dem Volk die Zerlegung zu geben und sich damit
zum Untergang zu verurteilen oder den Willen der
zufälligen Zollmehrheit abzulehnen und damit die
Krise zu verzögern, welche in erster Reihe ihre
Ritze wäre. Die Deffektivität ist weniger für
welche Richtung der Taktik sich die Beamten-
regierung in dieser schweren Frage aussprechen
wird.

Es wäre eine große Täuschung zu
glauben, daß nach der Liquidierung der Zollfrage
durch Erfüllung der Wünsche des Agrarkapitalis-
mus der Weg zu neuerlicher Zusammen-
arbeit auf dem Boden der allnati-
onalen Koalition frei wäre. Mit dieser
terigen Vorstellung können die bürgerlichen Par-
teien nicht rechnen. Es wäre für eine solche Politik
in der Zeit der Verteuerung von Brot, Mehl,
Kaffee und anderen Lebensmitteln nicht das
psychologische Milieu und man könnte zu
diesem Ziele nicht gelangen, weil die Brücke ver-
nichtet ist, denn alles würde die harte und
egoistische Sozialpolitik unmöglich machen. Die
tschechoslowakische Sozialdemokratie müßte die Ver-
antwortung für alle politischen Folgen jenen
Parteien überlassen, welche sich zum Zwecke der
Einführung fester Zölle vereinigt haben. Diese
Parteien müßten auch das weitere veranlassen,
nachdem sie sich aus dem Rücken die Rossen des
Zollvorurteils herausgenommen haben. Ihnen
müßte dann die Verpflichtung zufallen, zu der
unsere Partei nach dem Zollangriff nicht mehr die
Hand bieten könnte.

Ebenso entschieden ist die Sprache des Blattes
in der Frage der Kongruenz: Es wird da gesagt:
„So wie in der Zollfrage bleibt die tschecho-
slowakische Sozialdemokratie in
der Frage der Gehälter der Geis-
tlichen unversöhnlich. Es ist dies eine
grundsätzliche und präjudizielle Sache: die Ge-
halts- und Rechtsansprüche der kirchlichen Ange-
stellten durch ein Gesetz anzuerkennen, bedeutet
das Aufgeben des Prinzips der Trennung der
Kirche vom Staat.“

Das Häuserergelb im Senat ange- nommen.

Prag, 5. Mai. Den zweiten Punkt der Tages-
ordnung der gestrigen Senatsitzung bildete die
Regierungsvorlage über die Neuordnung des
Hausierhandels, die vom Abgeordnetenhaus kürz-
lich verabschiedet wurde. Im Laufe der Debatte
unterzog

Genosse Benzel

die Vorlage, welche den Hausierhandel zugunsten
der einheimischen Gewerbetreibenden stark ein-
schränken will und so auf Kosten der ärmsten
Schichten Gewerbetreiberei betreibt, einer scharfen
Kritik und führte unter anderem aus:

Den in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf
kann man mit Recht als einen Rückschritt
bezeichnen. Er ist durchgeht vom Hintersitzgeist,
nichts anderes als eine Gewerbetreiberei, die in
einer Weise vor sich gehen soll, daß das Klein-
gewerbe auf die Dauer konkurrenzunfähig
wird. Die Vorlage gleicht einer Polizeiverordnung,
denn es gibt nichts, was nicht der behördlichen
Bewilligung unterworfen wäre. Die bürokratische
Willkür zieht sich wie ein roter Faden durch alle
Paragraphen der Vorlage und schafft bei den
heutigen Verhältnissen unhaltbare Zu-
stände. Die im Gesetzentwurfe angeführten
Strafen für Verbrechen, Vergehen und Ueber-
tretungen lassen es fast unmöglich erscheinen,
daß jemand überhaupt ein Hausierbuch erhalten la-
t. Besonders bezeichnend ist es, daß in dem Gesetze
nicht einmal die Notstandsgebiete, wie das Erz-
gebirge, Ostböhmen usw. berücksichtigt werden.
Durch das Verbot des Händels werden so-
wohl Hausierer, als auch die arme Bevölkerung,
namentlich jene der Notstandsgebiete erheblich ge-
schädigt. Es ist daher klar, daß wir, die wir das
Proletariat vertreten, für die Vorlage nicht
stimmen können. (Beifall.)

Auch der Kommunist Bělák wies dar-
auf hin, daß durch die Vorlage eine ganze Reihe
von Beuten aus den Notstandsgebieten um ihre
Existenz gebracht werden, da aus jeder Familie
nur eine Person die Bewilligung zum Hausier-
handel erhalten kann.

Der deutsche Gewerbetreibende Tschapek
sand einzelne Bestimmungen der Vorlage zu
günstig für die Hausierer und verlangte, daß auch
der Hausierhandel mit fertigen Kleidern und
Schuhen verboten werde.

Schließlich wurde die Resolution im verfür-
ten Verfahren unter Ablehnung aller Abän-
derungsanträge in erster und zweiter Lesung ange-
nommen und die Sitzung geschlossen.

Jubiläum.

Prager Kurze am 5. Mai.

	1925	1926
100 holländische Gulden	1357.25	1369.25
100 Reichsmark	83.25	80.25
100 belgische Franken	101.31	102.70
100 Schweizer Franken	653.37	656.37
1 Pfund Sterling	133.82	135.02
100 Lire	135.30	136.70
1 Tollar	33.70	34.00
100 französische Franken	106.80	108.20
100 Dinar	56.37	58.57
10,000 magarische Kronen	4.68	4.78
100 polnische Zloty	334.00	340.00
100 Tschechien	476.00	478.50

Eine christlich-soziale Stimme gegen die Zölle.

In der hierischen „Volkspost“ veröffentlicht Dr. F. Keiner einen Artikel über die Getreidezölle, der sich in offenem Widerspruch mit der offiziellen Haltung der deutschen christlich-sozialen Partei befindet, der aber mit bemerkenswerter Freimütigkeit namentlich die Frage behandelt, wer denn eigentlich den Nutzen von den Zöllen hätte. Dr. Keiner gibt hier zu, daß Getreidezölle keineswegs wie Industriezölle einen Schutz aller Produzenten beinhalten, und schreibt:

Nur etwa ein Drittel der Getreidebauenden Bevölkerung ist auch in der Lage, Getreide zu verkaufen und so von einem Hochhalten der Getreidepreise Vorteile zu ziehen. Die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe müssen noch zu eigenem Gebrauche Getreide zukaufen. Und auch die mittleren Betriebe verkaufen so wenig Getreide, daß das Einkommen daraus gegen jenes aus der Viehhaltung (Milchwirtschaft usw.) sehr in den Hintergrund tritt. Nur der größere Grundbesitz profitiert tatsächlich von den Getreidezöllen. Ich habe mich auch mit dem Einwand beschäftigt, daß Getreidezölle eine erhöhte landwirtschaftliche Produktion im Gefolge haben, und dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Erhöhung meist nur dadurch ermöglicht wird, daß auch minder ertragfähiger Boden für den Getreidebau herangezogen wird, daß diese erhöhte Nachfrage nach Getreide dann sofort eine Steigerung der Bodenpreise mit sich bringt. Landwirte, welche später Boden kaufen müssen, bezahlen den etwaigen Gewinn aus Getreidezöllen schon im voraus. Es sei weiter dazu bemerkt, daß erhöhte Bodenpreise ein bekanntes Beharrungsvermögen besitzen, auch dann noch in Wirkung bleiben, wenn der Anstoß zum Anstieg schon längst vorbei ist.

Dr. Keiner gibt also hier die von den Agrariern heftig abgelehnte Tatsache offen zu, daß in der Zollfrage die Interessen der Kleinbauern, die Getreide noch zukaufen müssen, und die der Großagrarien, die allein aus den Zöllen einen fetten Profit ziehen können, in schärfstem Widerspruch stehen.

An anderer Stelle heißt es:

Die Beamtenregierung Cerny ist berufen worden, um jene Fragen zu bereinigen, welche die Koalitionsregierung nicht angehen wollte, weil sich die eine oder andere Regierungspartei nicht die Gunst der Wähler verschaffen wollte. Gibt man heute der Beamtenregierung die Möglichkeit, jene ungelösten Fragen lösen zu können, dann wird dadurch nur der Wiederkehr jener abgetretenen Koalitionsregierung der Weg bereitet. Es mag zugegeben werden, daß die Landwirtschaft eine schwere Krise durchmacht, daß ihr geholfen werden muß. Es muß aber sofort gefragt werden, durch wen sie in diese Lage gekommen ist. Eine von Grund aus verfehlte Finanzpolitik des Staates und der Mangel jeder weit aussehenden Wirtschaftspolitik hat einzig und allein auch den landwirtschaftlichen Karren gründlich verfahren. Die Landwirtschaft hat durch den Krieg eine weitgehende Entschuldung erfahren und niemand hätte sich träumen lassen, daß diese Entschuldung in so kurzer Zeit wieder hinfällig werden würde. Es gibt gewiß andere Mittel, der Landwirtschaft zu helfen als die Getreidezölle, die eine wenn auch noch so geringe Verteuerung des Brotes zur Folge haben wird. Für den, der arbeitslos ist, bedeutet schon eine Verteuerung der Lebenshaltung von 50 K pro Kopfe empfindliche Mehrbelastung. So schlecht wie den Tausenden Arbeitsloser geht es der Landwirtschaft sicher nicht, zumal, wie schon bemerkt, vor allem die größeren Betriebe aus den Getreidezöllen Vorteile ziehen.

Vielleicht kommen neben Dr. F. Keiner auch noch andere christlich-soziale Größen darauf, daß sie mit ihrem Eintreten für die Zölle nur der kleinen Schicht der Großbauern nützen und außerdem dadurch daß sie die Schwierigkeiten vergrämen helfen, über die das Kabinett Svehla einerzeit gestolpert ist, nur der alten Koalition wieder auf die Beine helfen. Die politische Aufklärung der hierischen Führer, die im Begriff sind, eine Riesendummheit zu begehen, ist nicht unsere Aufgabe; aber dafür werden wir zu sorgen wissen, daß ihre Anhänger — von den paar hierischen Großbauern abgesehen — darüber gründlich aufgeklärt werden, wie die Christlich-Sozialen die Lebensinteressen der Kleinen Leute und Arbeiter verteidigen, als deren Schützer sie sich mit frommem Augenaufschlag immer aufspielen. Ueber ihr Verhalten in der Zollfrage werden sie noch einmal vor ihren Wählern Rechenschaft abzulegen haben!

Die Truggarnen für Karlsbad. Die Genossen Löw und Dr. Heller haben an die Gesamtregierung eine Interpellation gerichtet, die sich mit der auf Befehl des Generalstaatschefs von der politischen Bezirksverwaltung erlassenen Ver-

fugung befaßt, wonach die an der Peripherie Karlsbads gelegenen Gemeinden Donik und Meierhöfen binnen 24 Stunden die Abstationen für die nach Karlsbad verlegte Garnison von 130 Mann bereitstellen sollen. Die Interpellation stellt fest, daß diese Verfügung von der politischen Bezirksverwaltung in Karlsbad, die nur eine Expositur des Generals Gajda zu sein scheint, ohne Rücksicht auf die offenkundigen ungeheuren Nachteile getroffen wurde, welche dem Weltkurort Karlsbad hiedurch erwachsen, und weist nach, daß

sie mit dem § 64 der Verfassungsurkunde im Widerspruch steht, der solche Verfügungen ausdrücklich dem Präsidenten der Republik vorbehält. Die politische Bezirksverwaltung wäre gar nicht verpflichtet gewesen, dem Auftrage des Generals nachzukommen, vorausgesetzt, daß nicht die Gesamtregierung hinter diesem Befehl stand. Die Interpellation verlangt daher Aufklärung, wer die Einquartierung angeordnet hat, bezw. auf Grund welches Gesetzes dies geschah, und fordert den sofortigen Widerruf der Verfügung.

Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Das Ergebnis einer Umfrage der Union der Textilarbeiter.

Die Union der Textilarbeiter hat — wie wir dem „Textilarbeiter“ entnehmen — innerhalb ihres Verbandsgebietes eine Umfrage über den Beschäftigungsgrad der Arbeiter mit dem Stich-

frage vom 31. März 1926 durchgeführt, bei welcher 452 Betriebe mit 94.154 Arbeitern erfaßt wurden. Nachstehend das Ergebnis der Umfrage:

Industriezweig	Beschäftigungsdauer der erfaßten Arbeiter pro Woche					
	4-8 Stunden	in Proz.	9-12 Stunden	in Proz.	Wahlende Arbeiter	in Proz.
Baumwollindustrie	10.32	62.61	12.59	25.99	5.514	11.98
Flachsweberei	6.690	81.36	1.587	15.65	245	2.97
Textilindustrie	927	33.47	652	25.54	1.190	42.97
Schafwollindustrie	6.678	46.10	6.444	44.50	1.367	9.39
Textil-, Waden-, Webstoffe	1.003	47.26	1.045	49.24	74	3.45
Strick- und Wollwaren	4.816	81.39	983	16.61	118	1.99
Seidenindustrie	9.094	80.82	1.044	9.27	1.114	9.90
Handindustrie	692	62.38	393	37.1	—	—
Zusammen	60.180	63.86	24.400	25.92	9.615	10.21

Diese obigen Ziffern beziehen sich nur auf die durch die Erhebung erfaßten Textilbetriebe, die ja nur einen Bruchteil der gesamten Textilunternehmungen dieses Staates darstellen. Aber auch so ist schon die Zahl von 34.000 Arbeitern, das sind 35 Prozent aller Arbeitenden, die nicht voll beschäftigt sind, eine ganz ansehnliche. Interessant

ist ferner, daß die Vertrauensmänner durchweg berichten, daß eine weitere Verschärfung der Krise zu erwarten ist und daß falls nicht Bestellungen einlaufen, entweder die Betriebe vollständig zum Stillstand kommen oder daß noch mehr Kurzarbeit eingeführt werden dürfte.

Das Eilzugstempo der Agrarier gebremst.

Das Senatspräsidium spricht sich für eine acht tägige Frist an den Budgetauschuß zur Berichterstattung über den Zollantrag aus.

Prag, 5. Mai. Für nächste Woche planen die tschechischen Agrarier anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Prag eine große Heerschau abzuhalten, als deren Krönung sie ihren Betreuen die versprochenen festen Zölle heimzubringen gedachten. Darum die feberhafte Eile, die die Agrarier bei der Behandlung ihres Zollantrages im Senat an den Tag legen: ein so tief einschneidendes Problem soll im Handumdrehen, ohne Befragung der betroffenen Konsumenten, ohne Anhören von Sachleuten im Eilzugstempo erledigt werden, nur damit sich die Herren Donat und Co. vor ihrem Anhang, dem sie seit Monaten den Mund nach fetten Zöllen wässrig machen, anlässlich der agrarischen Festlichkeiten mit einem Bombenerfolg ausweisen können.

Darum gingen die Agrarier, als der Budgetauschuß des Senates nicht gleich nach ihrem Willen einberufen wurde, mit allen Mitteln der Geschäftsordnung energisch vor und brachten, wie wir bereits meldeten, gestern eine von 65 Senatoren gefertigte Antrag ein, ihren Zollantrag im abgekürzten Verfahren zu behandeln. Das hat zur Folge, daß darüber bereits in der morgigen Senatsitzung abgestimmt werden muß und im Falle der Annahme der Antrag dem Budgetauschuß mit einer vom Präsidium zu bestimmenden Frist zuzuwenden ist. Nach dem Wunsch der Agrarier, den heute in der Präsidialsitzung des Senates der Vizepräsident Donat zum Ausdruck brachte, sollte diese Frist nur 24 Stunden betragen, so daß der Senat noch am Samstag dem agrarischen Zollantrag zustimmen sollte. Donat wies zur Begründung dieser Eile darauf hin, daß durch die zollfreie Einfuhr von Getreide und Mehl im Mai die landwirtschaftliche Krise noch gesteigert werde, da in den Grenzstationen von ausländischen Spekulanten große Getreide- und Mehlmengen aufgestapelt seien, die bereits zollfrei eingeführt werden sollen.

An diesen Antrag Donats knüpfte sich eine mehr als zweistündige, bewegte Debatte und da zeigte es sich, daß sich die Agrarier auf die parlamentarischen Parteien, die ihren Antrag unterschrieben hatten, bei der geplanten Durchpeitschung der Vorlage doch nicht unbedingt verlassen können. Der Nationaldemokrat Dr. Brabec erklärte, daß seine Partei zwar im Prinzip mit dem landwirtschaftlichen Zollschutz einverstanden sei, daß aber keineswegs die Zölle in der sechsfachen Höhe der Vorkriegszeit eingeführt werden könnten. Für die tschechischen Sozialdemokraten wies Dr. Soukup darauf hin, daß die von Donat geforderte Durchpeitschung der Vorlage zu unabsehbaren Konsequenzen führen könnte. Die tschechische Arbeitererschaft verschloß sich nicht grundsätzlich einem gewissen Zollschutz und sei bereit darüber zu diskutieren, aber dann müßte die Frage erst durch Befragung von Experten und durch Sachverständigengutachten etc. geklärt werden und dazu benötigte man geraume Zeit. Die von den Agrariern geforderte unerbittliche Annahme ihrer Forderung würde in der Arbeitererschaft die größte Erbitterung auslösen. Auch der Senatspräsident Kofas und der tschechische Ministerpräsident Truban dämpften die Kampfeslust Donats, der

unentwegt auf der Verabschiedung der Vorlage bis Samstag verharre.

Im Laufe der stellentweise ziemlich erregten Debatte wies

Genosse Riechner

darauf hin, daß die Agrarier ihre Forderungen nicht so schroff auf die Spitze treiben sollten. Die Zölle sind keineswegs eine ausschließlich agrarische Angelegenheit, sondern eine Sache von weitreichender sozialer und wirtschaftlicher Bedeutung. Es mag zugegeben werden, daß die Landwirtschaft sich augenblicklich nicht mehr in einer solchen Hochkonjunktur befindet, wie im unmittelbar nach dem Kriege, aber andererseits muß mit dem nötigen Nachdruck darauf verwiesen werden, daß gerade die weiten Kreise, die die Zölle bezahlen müßten, vor allem die Arbeitererschaft, sich eben jetzt in einer unergleichlich schlechteren Situation befinden und einen ungleich schwereren Existenzkampf führen müssen als die Landwirte. Hunderttausende sind arbeitslos oder Kurzarbeiter und auch diejenigen, die das Glück haben, noch Arbeit zu finden, werden dafür so armselig entlohnt, daß es eine Ungeheuerlichkeit wäre, gerade jetzt eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und noch dazu in einer derartig aufreizenden Eile herbeizuführen. Eine solche wichtige Frage würde in jedem anderen Lande viele Monate lang gründlich durchberaten werden. Wenn bei uns die Vorlage so rasch durchgepeitscht würde, wie Donat es verlangt, dann würde dies auch eine neue schwere Schädigung des Parlamentarismus bedeuten, zu dem die Bevölkerung dann jedes Vertrauen verlieren würde. Wenn die Agrarier schon behaupten, die Wirtschaftslage durch die Zölle verbessern zu können, dann müßte diese Behauptung sorgsam geprüft werden, denn

unüberlegte Experimente vertragen unsere Wirtschaft gerade heute nicht,

wo sie in einem ihrer kritischsten Punkte angelangt ist.

Donat selbst blieb all diesen begründeten Einwänden gegenüber hartnäckig, doch die Vertreter der anderen Parteien konnten sich ihnen nicht verschließen, und so wurde schließlich der Vorschlag des Vorsitzenden gebilligt, morgen nach der Abstimmung über die Dringlichkeit dem Senat vorzuschlagen, den Antrag dem Budgetauschuß zur Erledigung innerhalb acht Tagen zuzuweisen, so daß der Antrag dann in der Sitzung vom 18. Mai vor das Senatsplenum kommen dürfte.

Es hat sich also heute, wo allgemein eine Kampfabstimmung erwartet wurde, schon gezeigt, daß die Agrarier — wenigstens was die Höhe der verlangten Zollsätze betrifft — doch nicht auf die unbedingte Gefolgschaft aller bürgerlicher Parteien rechnen können. Die deutschen Christlich-Sozialen haben sich schon gestern überlegt, den Antrag auf dringliche Behandlung des Zollantrages mit zu unterfertigen. Anscheinend sind in ihren Reihen doch schon Bedenken aufgelaufen, plötzlich die von ihnen gemeinsam mit der übrigen Opposition jahrelang bekämpfte Durchpeitschungstaktik mitzumachen und auch sach-

lich wird ihnen die Frage der Zölle noch schwerer zu schaffen machen, da sie in den Reihen ihrer Wähler außer agrarischen Elementen doch auch viele Leute haben, welche die Zölle schwer treffen würden. Der in der „Deutschen Post“ so schuldhaft ausgesprochene Wunsch nach aktiver Mitarbeit in der Regierung ist auch nirgends auf fruchtbaren Boden gefallen und so scheint in den hierischen Kreisen eine ziemlich Ernüchterung eingetreten zu sein. Von tschechischer Seite sind es die Nationaldemokraten und Gewerbetreibende, die sich in einer ähnlich unangenehmen Lage befinden, vor ihren vorwiegend städtischen Wählern die Zölle verteidigen zu sollen. Wenn es den Agrariern also schon gelingen sollte, die gleitenden Zölle umzubringen, so werden sie doch mit der Einführung der sechsfachen Vorkriegszölle auf weit ernstere Schwierigkeiten stoßen und zum Schluß trotz aller Drohungen vielleicht noch froh sein, wenn sie für einen viel geringeren Zollschutz noch mühselig eine Mehrheit zusammentragen werden.

Für die sozialistischen Parteien muß diese Entwicklung der Dinge ein Ansporn mehr sein, alle Kräfte zur Bekämpfung der agrarischen Forderungen anzuspannen und die bedrohten Lebensinteressen der Arbeitererschaft erfolgreich zu verteidigen.

Telegramme.

Die Flaggenprovokation in Kraft.

Interpellation der Sozialdemokraten im Reichstag.

Berlin, 5. Mai. (Eigenbericht.) Der vom Reichspräsidenten beabsichtigte Erlass einer neuen Flaggenverordnung hat unter den republikanischen Parteien außerordentliche Erregung hervorgerufen. Heute abends hat das Reichsbanner eine Kundgebung unter freiem Himmel veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war und in der der Wille aller Republikaner zum Ausdruck kam, daß alles geschehen müsse, um diese Herausforderung der Bevölkerung zu verhindern. Heute hat das Kabinett mit den Vertretern der Regierungsparteien verhandelt. Die ganze Aktion scheint von dem Reichsaussenminister Stresemann ausgegangen zu sein, der wahrscheinlich annahm, daß die Öffentlichkeit jetzt so stark mit dem Volksscheid über die Fürstenenteignung beschäftigt sei, daß man nicht merken werde, daß er den Deutschnationalen einen besonderen Liebesdienst erweise.

Spät abends hat ein erneuter Ministerrat beschloffen, die neue Flaggenverordnung doch zu unterzeichnen. Ein Zugeständnis wurde sofort gemacht, als die Verordnung, daß neben der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zu hissen sei, nicht für alle ausländischen Missionen, sondern nur für die überseeischen und für die in europäischen Hafenstädten befindlichen gelten soll.

Die Sozialdemokraten haben beschloffen, in dieser Angelegenheit eine Interpellation einzubringen.

Neuerlicher Rücktritt der polnischen Regierung.

Warschau, 5. Mai. (Tsch. P. B.) Heute mittag ist der Ministerrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, in welcher der Rücktrittsbeschluß des gesamten Kabinettes gefaßt wurde. Um 2 Uhr nachmittag hat sich Ministerpräsident Skrzynski ins Belvedere-Palais begeben, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinettes zu überreichen.

Warschau, 5. Mai. Der Präsident der Republik hat das Demissionsgesuch des Gesamtkabinettes angenommen und den Ministerpräsidenten Alexander Skrzynski mit der Leitung des Ministerratspräsidiums und des Außenministeriums und die übrigen Kabinettsmitglieder mit der Leitung ihrer Ministerressorts bis zur Einsetzung einer neuen Regierung betraut.

Vor einem deutsch-türkischen Vertrag?

Berlin, 5. Mai. (Tsch. P. B.) Die „Deutsche Tageszeitung“ und andere Blätter berichten aus diplomatischen Kreisen, daß die türkische Regierung beabsichtige, mit Deutschland in Beratungen einzutreten, um einen bedeutenden langfristigen Kredit und im Zusammenhang damit ein besonders Abkommen mit Deutschland abzuschließen, das in ähnlicher Linie wie das deutsch-russische Abkommen liegen würde.

Wiederaufnahmen des Krieges in Marokko!

Paris, 5. Mai. (Tsch. P. B.) Wie der „Matin“ aus Tanger meldet, hat Abd el Krim die Einberufung aller wehrfähigen Männer zum Militärdienste angeordnet. Die Führer der Stämme, welche Beratungen in Tangier abhielten, sind schleunigst in alle Gegenden abgereist. Gegen Tetuan und Sefuan sollen sich starke Truppenabteilungen der Rifkämpfer im Anmarsch befinden.

Tages-Neuigkeiten.

Statt Einheitsfront — unerhörter kommunistischer Gewaltakt gegen demonstrierende Sozialdemokraten.

Die Leipziger Kommunistenhande am 1. Mai.

Es verdient auch bei uns in allen Einzelheiten bekannt zu werden, wie die Kommunisten in Leipzig den 1. Mai „feierten“. In der „Leipziger Volkszeitung“ lesen wir darüber, nach einer Schilderung des gewaltigen, festlichen Aufmarsches der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf dem Ausstellungsgelände, folgendes:

„Alle waren freudig bewegt, denn es war wirklich eine vorzügliche Demonstration. Da kam plötzlich eine empörende Szene, mit Absicht herbeigeführt von den Führern der SPD. Obwohl ihnen einige Tage vorher erklärt worden war, daß die Kommunisten mit ihren Eintrittskarten nicht auf den Platz gelassen werden würden, versuchten sie mit Gewalt ihr Ziel, die Stärkung unserer Märfier, zu erreichen. Da die Leipziger SPD nur noch geringen Anhang hat, waren die „Roten Frontkämpfer“ aus zahlreichen Orten Mitteldeutschlands, sogar aus Berlin, mobil gemacht und nach Leipzig beordert worden.“

Jeder auswärtige „Frontkämpfer“ hatte einen Sold von 7.50 Mk. erhalten, und für dieses Söldengeld ließen sich die „Frontkämpfer“ herbei, die Märfier der SPD, und der Gewerkschaften zu sprengen.

Das ganze Jahr sprechen die Führer der SPD nur mit Verachtung von der SPD, aber am 1. Mai wollten sie durchaus mit uns die „Einheitsfront“ bilden. Unsere Partei und die Gewerkschaften sollten alle Kosten tragen, die SPD wollte nichts dazu beitragen, aber sie verlangte das Recht der Teilnahme, und als man es ihr nicht geben konnte, nahm sie es sich mit Gewalt. Terror und Gewalt sind ja auch die einzigen Waffen der SPD. Und am 1. Mai haben die Leipziger Arbeiter wieder einmal, welche verbrecherischer Methoden sich die Führer der Kommunisten bedienen. Untertwegs hatten sich die vereinigten „Roten Frontkämpfer“ von fast ganz Mitteldeutschland in den Zug gedrängt. Hinter ihnen marschierten die Arbeiterportier. Als die Kommunisten am Eingange des Ausstellungsgeländes erschienen, wurde ihnen der Zutritt verweigert, worauf sich Dinge abspielten, die wir bisher noch bei keiner Märfier erlebt haben. Unser Komitee hatte mit Absicht einen starken Polizeikordon vor dem Eingange nicht aufstellen lassen. Die Märfier sollte einen friedlichen Charakter haben und eine Angelegenheit des Proletarats sein. Lediglich ein halbes Dutzend Polizeibeamte stellten sich dranhin den Kommunisten entgegen. Diese stießen aber mit der brutalsten Gewalt vor, sprengten das Tor und zogen mit Scheul ein, als ob sie einen großen Sieg errungen hätten. Die Kommunisten waren derart verhebt, daß sie auch über Leichen gegangen wären. Es wurden schon ohnmächtige Mädchen aus dem Mentchenkanal herausgeholt und davongetragen. Wäre die Disziplin unserer Genossen nicht so groß gewesen, wäre der Widerstand heftiger gewesen, dann hätte es sehr leicht eine Anzahl Tote und Verwundete geben können. Menschen wären erdrückt, niedergetreten worden. Den „Frontkämpfern“ wäre das gleichgültig gewesen; sie hatten den Befehl, die SPD niederzuwerfen, und sie kamen ihm nach. Dieser „Zug“ war kein Söldenzug. So wird nie eine Einheitsfront zustandekommen. Der SPD war ja auch an einer einheitslichen Märfier nichts gelegen. Ihre Anhänger zogen auf den Platz, nahmen allein auf einer Wiese Aufstellung und rüdten schon um 6 1/2 Uhr wieder ab. Von den Darbietungen der Arbeiterfänger, der Arbeiterportier, der Kinderfreunde nahmen sie nicht Notiz.

Sie wollten für sich allein sein, und sie gaben damit zu verstehen, daß sie eine wirkliche Einheitsfront gar nicht bilden wollten.

Der Gewaltakt der SPD hatte eine riesige Empörung verursacht. Überall standen Gruppen zusammen. Die das Verhalten der Kommunisten aufs schärfste verurteilten. Da zahlreiche „Frontkämpfer“ unsere Genossen aufs gemeinste beschimpften, ja sogar angriffen, mußte die Polizei auf dem Gelände wiederholt in größerer Zahl in die Erscheinung treten. Das war besonders beschämend und lebhaft ein Gaudium für das Bürgertum, das von dieser Zerfleischung der Arbeiter, die von den Führern der SPD diktiert wird, allein den Nutzen hat.“

So weit unser Leipziger Bruderblatt. Wir würden unseren Genossen empfehlen, ihren kommunistischen Arbeitkameraden während der Pausen im Betrieb diesen traurigen Märfierbericht aus Leipzig vorzulesen.

Massenentlassungen von Bergarbeitern im Ostrauer Gebiet! Aus Mähr. Ostrau wird gemeldet: Bei den Parischgruben wurden in den letzten Tagen 450 Bergleute entlassen. Von den bei den Parischgruben noch beschäftigten 3500 Arbeitern dürften im Laufe des Monats Juni weitere 500 Arbeiter entlassen werden. In diesen Gruben werden durchschnittlich nur dreimal in der Woche gearbeitet. Es soll auch der Betrieb in einem oder zwei Schächten eingestellt werden. Auch bei den Schächten der Witkowiher Steinkohlengruben und der Nordbahn wurden in den letzten Tagen zusammen 400 Bergarbeiter entlassen.

Das in Prag alles möglich ist! Ein Genosse, wohnhaft in den sogenannten Roistands-Paraden in Wisotchan, die von der

Bei den Nifolsburger Abbrändlern.

Beispielloses Elend unter den Opfern der Katastrophe. — Naheste Hilfeleistung dringend notwendig. — Untätigkeit der Behörden. — Unglaubliche Herzlosigkeit des „Fürsten“ Dietrichstein.

Nifolsburg, 4. Mai.

Wir haben bereits gestern ausführlich über die fürchterliche Brandkatastrophe berichtet, die das Städtchen Nifolsburg nun schon zum zweitenmale innerhalb zweier Jahre betroffen hat, und die noch viel verheerendere Folgen anrichtete, als die Feuerbrunst vom 23. September 1924. Noch heute ist es ungeklärt, was eigentlich die unmittelbare Ursache des Brandes war; am wahrscheinlichsten klingt die Annahme, daß das Feuer durch einen schadhaften Kamin in einem Hause der Quergasse entstand. Noch heute bieten die drei betroffenen Gassen, von denen die Schloßgasse fast in ihrer Gänge, die Quergasse und auch die Schweinburggasse zu einem Teil dem Feuer zum Opfer fiel, einen fürchterlichen Anblick. Die kleinen Häuschen — Häuser kann man diese Elendsquartiere nicht nennen — die eng aneinander geschmiegt und durch keine Feuermauer vor dem Uebergreifen eines Brandes geschützt sind, liegen im Proletarierviertel Nifolsburgs, in der sogenannten „Judensiedlung“, die am Fuße des Dietrichsteinischen Schlosses gelagert ist. Bewohnt werden sie fast ausschließlich von Arbeitern, meist landwirtschaftlichen Arbeitern und Kleingewerbetreibenden, die nun selbst dieses dürftigen Obdaches beraubt sind. Circa 300 Personen — 184 Familien — sind von der Katastrophe betroffen worden. Von vielen Häusern brannten allerdings nur die Schindeldächer ab, so daß die Bewohner vielfach im Hause blieben. In 70 Fällen mußte aber die Kommission den Auftrag geben, die Häuser zu verlassen, da Einsturzgefahr bestand. Viele der Opfer sind überdies noch arbeitslos. Ein Parteigenosse — eine ganze Reihe der Abbrändler sind Parteigenossen — ist nun schon zum zweitenmal von einer Brandkatastrophe betroffen. Einzelne, die selbst oder deren Verwandte Zimmerleute sind, beginnen mitten in Schutt und Asche einen neuen Dachstuhl zu zimmern. Nebenebei bemerkt, waren nur ungefähr ein Viertel der Objekte versichert und das auf Summen von 600 bis 3000 Kronen. Auf meine Frage, warum sich das nicht nach der Feuerbrunst im Jahre 1924 geändert habe, antwortete man mir, daß die Leute nicht genug Geld hatten, um die Versicherungsprämien zu bezahlen.

Die Ärmsten der Armen sind dem größten Elend preisgegeben. Einige von ihnen saßen im städtischen Armenhause eine mehr als notwendige Unterkunft, in der drei bis vier Familien in einem Zimmer zu wohnen gezwungen sind. Gegen dreißig Familien aber sind gänzlich obdachlos und können auch bei Verwandten oder Bekannten nicht untergebracht werden. Glücklicherweise gelang es aber wenigstens einer sofort eingeleiteten Aktion unserer Partei, zahlreiche Kinder der Betroffenen nach Grubbach zu bringen. Die Bemühungen um eine Hilfeleistung für die Unglücklichen werden selbstverständlich eifrig fortgesetzt.

Wie der Bezirkshauptmann versichert, wird der Staat zu dem bereits zur Verfügung gestellten 100.000 K noch 200.000 K hinzufügen und auch das Land wird 50.000 K beisteuern. Da aber die bloße provisorische Reparatur der Schäden gegen 600.000 K Kosten dürfte — der tatsächliche Gesamtschaden beläuft sich auf circa zwei Millionen Kronen — soll der notwendige Rest durch Spenden und Sammlungen aufgebracht werden. Tatsächlich ist von Seiten des Staates und auch seitens der Gemeinde bisher recht wenig zur Bänderung des namenlosen Elendes getan worden.

Die Abbrändler haben bis zum heutigen Tage noch keine materielle Unterstützung bekommen und müssen vielfach buchstäblich hungern.

Im Kloster, das einige Familien aufzunehmen so gnädig war (obwohl es noch viel größere

Räumlichkeiten unbemittelt leer stehen hat), wurde an zwei Tagen Eindrucksuppe ausgeteilt. Am dritten Tag haben die frommen Herrschaften auch das eingestellt. . . Die Unmöglichkeit der Unterbringung der Obdachlosen wird amtlicherseits mit der großen Wohnungsnot in Nifolsburg begründet. Tatsache ist aber, daß

in dem Schlosse des Herrn Dietrichstein 365 völlig unbenuzte Zimmer sich befinden,

Dietrichstein aber nicht einem einzigen Abbrändler Unterschlupf gewährt hat. Dafür hat man aber die Obdachlosen in den Zellen des Jugendgefängnisses am Mischelberg unterbringen wollen, was diese freilich abgelehnt haben. . .

Ueber das Verhalten des „Fürsten“ Dietrichstein herrscht unter der Bevölkerung, am meisten natürlich unter den Betroffenen, nur eine einzige Stimme der lebhaftesten Entrüstung. Dieser Herr wollte zunächst nicht gestatten, daß die Tore seines Parkes geöffnet werden, um der Feuerwehr die Arbeit zu erleichtern. Als die Tore schließlich doch aufgemacht werden mußten, ließ er sie gleich nachher wieder zuzugeln. Da der Wassermangel die Verhinderung der Flammen erschwerte, dachte man daran, das Wasserreservoir seiner Durchlaucht für die Lösungsarbeiten zu verwenden. Auch das wollte der Herr Dietrichstein die längste Zeit nicht gestatten und ließ sich erst dazu herbei, als sein eigenes Schloß in Gefahr war, von den Flammen ergriffen zu werden.

Noch heute, am vierten Tage nach dem Brand, hat er den behauerwürdigen Opfern nicht mit einem Worte sagen lassen, ob er überhaupt gewillt ist, das Dach über ihrem Haupte wieder aufzurichten — er ist nämlich der Eigentümer fast aller vom Feuer ergriffener Häuser —, nicht ein einziges Wort des Trostes und der Aufriechtung hat er für die Abbrändler übrig! Dagegen verlautet, daß er sich mit dem Gebanen trage, den dem Schloß zugewendeten Teil der Schlosshaase gänzlich schließen zu lassen und so seinen Park (!) noch zu vergrößern. Wo die Opfer dieser radikalen Lösung des Problems fernerhin wohnen werden, hat sich der edle Herr Fürst wohl noch nicht überlegt. Paß er ihnen einige seiner 365 leerstehenden Räume überlassen würde, ist ja kaum anzunehmen.

Aber auch sonst gefällt sich das Bürgertum in einer merkwürdigen Sabotage der Rettungsarbeiten. So hat zum Beispiel der Schwiegervater des landbühlerischen Bürgermeisters, einer der größten Bauern des Ortes seinen Knecht geschlagen, weil dieser es gewagt hatte, die Feuerwehr zur Verfügung zu stellen! Es wird des ganzen Drades seitens der Arbeiterschaft bedürfen, um die verantwortlichen Faktoren zu ratzefter und ausgiebigster Hilfeleistung zu veranlassen.

Soll es unmöglich gemacht werden, daß sich diese Tragödie noch einmal wiederholt, dann muß das Proletarierviertel der Stadt völlig neu errichtet werden. Dazu sind aber — gering angeschlagen — zwei Millionen Kronen notwendig und man weiß vorläufig nicht, wie die im Augenblick benötigten 600.000 K aufgebracht werden sollen. Zweifellos ist der Weg der privaten Sammlung nicht der richtige. Wir verlangen vor allem eine ausgiebige Unterstützung seitens des Staates, die sofort gewährt werden muß, wir verlangen aber auch vom Staate unentgeltliche Beistellung von Baumaterialien und Befreiung von der Haussteuer für jene, denen es ermöglicht ist, ihre Wohnstätte aus den Trümmern neu erstehen zu lassen.

Das entsetzliche Elend der Nifolsburger Opfer mahnt: Helft bald, ehe es zu spät ist! — gel.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 11.30, 12, 14, 17.45, 18.15, 19.15, 20, 22: Nachrichten; 16.30: Nachmittagskonzert; 19: Deutsche landwirtschaftl. Sendung, Ing. Hiede: Die Bedeutung der Gärtnerei für den modernen Gärtnerbau; 20.02: Operette „Der verjüngte Adolar“ von Walter Kollo; 21: Heitere Rezitation; 21.15: Lustige Tänze und Märche. — Brunn, 14.30, 18: Nachrichten; 19, 20: Rezitationen. — Wien, 16.15: Nachmittagskonzert; 20.15: „Kaba und Liebe“ von Friedrich v. Schiller. — London, 13, 15.45, 18, 19.25, 20.05, 22, 23: Konzerte. — Paris, 12.30, 16.45, 20.30: Konzerte. — Berlin, 17: Konzert; 20.30: Kammermusik. — Stuttgart, 20: Symphoniekonzert. — Leipzig, 20.15: Sepp Summerabend. — Breslau, 20.25: Historisches Kammerkonzert. — München, 18.45: Das Schillerseer Virtuosen-Trio. — Frankfurt, 19: Uebertragung aus dem Frankfurter Opernhaus: „Martha“, oder der Markt von Richmond“, Komische Oper von Flotow. — Zürich, 20.30: Volkstümlicher Abend.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 448, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515

lich glühende Kohlenmassen in einen Stollen und verschütteten ihn total. An der Unglücksstelle waren zwei Arbeiter beschäftigt, die von den herabsitzenden Kohlenmassen verschüttet wurden. Nach längerem Bergungsarbeiten konnte man die zwei Arbeiter ans Tageslicht fördern. Beide hatten furchtbare Brandwunden erlitten. Der herbeigerufene Arzt leistete den Verunglückten die erste Hilfe und das Rettungssauto brachte sie ins Krankenhaus. Die Verletzungen sind so schwerer Natur, daß an dem Auskommen der Verunglückten gezweifelt wird. Die beiden Verunglückten sind der Arbeiter Josef Hubl aus Drahowitz und Josef Bröckl aus Bettlig, beide verheiratet. — Wie es zu dem furchtbaren Unglück kommen konnte, vor allem ob es an den notwendigen Sicherungen mangelte, wird die eingeleitete Erhebung festzustellen haben.

Der Deutsche Bürgerschullehrerbund in Böhmen hielt Sonntag, den 2. Mai, in Leitmeritz seine Hauptversammlung ab. Referate erstatteten die Herren Hl. Fiedler-Postelberg über „Die Gehaltsfrage der Bürgerschullehrerschaft“, Hl. Ritter-Komolau „Das Distriktsbürgerschulgesetz“ und Hl. Stih-Türnik „Zur Lehrplanfrage an Bürgerschulen“. Die zugehörigen Entschlüsse sowie eine Entschlüsselung für völlige Selbstverwaltung des Schulwesens wurden einstimmig angenommen. Die Berichte über die Geldgebarung und über die wirtschaftlichen Unternehmungen erstattete Fachlehrer Köhler aus Duz. Die Neuwahl ergab einstimmige Annahme der Liste des Wahlausschusses.

Die „Großmutter der zaristischen Geheimpolizei“, die 68jährige Anna Seredziakowa wurde in Moskau zum Tode verurteilt, und zwar wegen Verrats „revolutionärer Organisationen“ und einzelner revolutionärer Führer. Die bekannte „Großmutter“ stand 25 Jahre lang im Dienst der zaristischen Geheimpolizei. Mit Rücksicht auf ihr hohes Alter ist die Todesstrafe in eine siebenjährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden.

Ermäßigte Bismutgebühr nach Deutschland. Die Deutsche Gesandtschaft in Prag teilt mit: Befürworter der großen Gartenbau-Ausstellung in Dresden wird bei Erteilung der Sichtvermerk-Gebührenermäßigung gewährt werden.

Kinder-Erholungsaktion. Der Hilfsverein für bedürftige Oesterreicher in der Tschechoslowakischen Republik entsendet heuer wie im vergangenen Jahre während der Sommerferien eine Anzahl erholungsbedürftiger Kinder in der Tschechoslowakei wohnhafter, minderbemittelter österreichischer Bundesbürger auf seine Kosten in Erholungsheime. Schriftliche Antragsgesuche, belegt mit einem ärztlichen Zeugnis, Heiratschein der Eltern, Geburtszeugnis des Kindes und einem behördlicherseits ausgestellten Armutszugnis sind bis spätestens 10. Juni l. J. zu richten an die Kanzlei des österreichischen Hilfsvereins in Prag, II., Vaclavka nom. Nr. 53/II.

Selbstmord eines jungen Mädchens. Im Hause Nr. 18 in Prag I, Nittergasse 18, ist gestern um halb 8 Uhr das 16jährige Lehrmädchen Antonia Svoboda vom 2. Stockwerk des Hofgebäudes in den Lichtofen gesprungen. Das Mädchen, welches sich schwere Verletzungen zuzog, konnte erst durch die herbeigerufene Feuerwehr geborgen werden. Die Rettungsgesellschaft brachte die jugendliche Selbstmörderin hierauf ins Allg. Krankenhaus. Der Verweggrund zur Tat ist unbekannt.

„Jetzt spiele ich eine Solostene.“ In einem Theater in Marseille stand während der Nachmittagsvorstellung ein Zuschauer im Parkett plötzlich auf und rief: „Jetzt spiele ich eine Solostene!“ Der Mann zog ein Rasiermesser aus der Tasche und schnitt sich die Ader am linken Arm auf. Der Unglückliche ist ein junger Mann aus Nizza, der mit einer Choristin des Theaters ein Verhältnis hatte und sich vor ihren Augen töten wollte, um sie für ihre Untreue zu bestrafen.

Eine Brücke mit 50 Personen eingestürzt. Durch das Hochwasser der Doha wurde Donnerstag eine Brücke bei der Station Murino, 16 Kilometer von Seningrad, zerstört. Die im Augenblick des Einsturzes auf der Brücke befindlichen Passanten, deren Anzahl über 50 betrug, stürzten ins Wasser. 20 Personen wurden gerettet. Die Aufsuchung der Vermissten wird durch die reichende Strömung sehr erschwert.

Prager Gemeinde erbaut worden sind, berichtet uns folgende unerhörte Zustände: „Im jetzigen Frühjahr wird vom Pächter des Gutshofes in Wisotchan vor unseren Fenstern, Asche und Müll in Fässern abgeladen. Aber nicht nur das, — auch verfaulte Rübenschmügel werden dort mit Dung begossen. Der Gestank ist so entsetzlich, daß es sich verbietet, die Fenster zu öffnen. Im prallen Sonnenschein entwickeln sich auf diesem Müllhaufen natürlich eine Unmenge Fliegen und Insekten, Träger und Erreger verschiedener Krankheiten. Diefelbe Prager Gemeinde, die Gesundheits- und andere Heilanstalten errichtet, läßt es zu, daß an menschlichen Wohnstätten Müll und Dung abgeladen wird! Das Interesse des reichen Pächters gilt mehr als die Gesundheit der Mieter, unter denen sich auch Mütter mit Säuglingen und viele kleine Kinder befinden! Dabei hat der betreffende Pächter zwischen der Baradenkolonie und Wisotchan eine Unmenge freier Felder. Es ist also unbegreiflich, warum der Müll und Mist gerade vor unseren Fenstern abgeladen werden soll. Als wir uns beim Beginn der Abladung beim Gemeindevorstand beschwerten, antwortete dieser, wir könnten uns beschweren wo wir wollen, es hätte alles seinen Zweck: der Pächter wünsche es so! Auch unsere Beschwerden bei der Gesundheits-Abteilung in Prag sind ohne Erfolg geblieben.“ — Hoffentlich bewirkt nun dieser Schritt in die Öffentlichkeit, daß die unerhörten Zustände beseitigt werden, aber

auch der köstliche Herr Gemeindevorstand über seine Pflichten belehrt werde.

In der Generalversammlung der Böhmisches Eskomptebank und Creditanstalt erschienen die Funktionäre des Verbandes der Bankbeamten Vizepräsident Fischer und Sekretär Waschal. Der erstere ergriff auch das Wort. Er erklärte, daß er deswegen eine Protestklärung abgeben wolle, weil der Unterschied in der Behandlung und Bezahlung der leitenden Funktionäre einerseits und der Masse der Beamtenkategorie andererseits gerade in diesem Institute am fühlbarsten sei. Die Bezüge der Beamten sind so trostlos, daß sie keiner weiteren Senkung mehr fähig seien. Während man von den subalternen Beamten die größten Opfer fordere, sind die leitenden Bankfunktionäre, die neben ihrem Einkommen noch reichliche Verwaltungstraktantien aus anderen Unternehmungen beziehen, nicht bereit, auch nur die geringsten Opfer zu bringen. Aber selbst Forderungen der Bankbeamten, deren Erfüllung nicht eine Krone gekostet hätte, lehnen die Direktionen der Banken ab. Dies nur deswegen, damit sie ihre Angestellten immerzu in Unruhe halten und sich die Beamtenhaft gefügig machen. Es ist zu wünschen, daß die Banken recht bald einsinken, denn die Tatsache, daß die Gognerchaft zu den Banken immer weitere Kreise zieht, muß auf die weiteren Entschlüsse der Bankleitungen von Einfluß sein. Schwere Grabenunglück. Dienstag nachmittags stürzten im Radlerstächte in Bettlig plög-

Die Einbrecher im Koffer mitgebracht hat ein Diebespaar, das am Montag morgen in einem Pensionat, das im zweiten Stock über einem Konfektionsgeschäft in der Rosenhalerstraße in Berlin liegt, abgestiegen war. Bald nach der Ankunft der beiden fuhr ein Kofferverpacker, der als Gepäck zwei große, säuerliche Koffer brachte. Abends 6 Uhr zogen die Leute aus, nachdem sie die Rechnung beglichen hatten. Ein Plattenwagen holte noch in ihrer Anwesenheit die beiden großen Koffer ab, gebrochenen Einbrecher die Decke durchgebrochen und das darunter liegende Konfektionsgeschäft gründlich ausgeraubt.

Der größte Schiffstunnel der Welt, der neue Schiffskanal, der die Hafenstadt Marseille ohne Berührung mit dem offenen Meer an die Rhone anschließt, ist jenseit eröffnet worden. Damit ist eine unterirdische Dampferstraße, welche die Rhoneschiffe ungeschützt von Wind und Wetter in den zweitgrößten Hafens Frankreichs bringt, in einer Gesamtlänge von sieben Kilometern dem Verkehr übergeben worden.

Ein eigenartiges Ehebruchurteil hat die 4. Pariser Strafkammer ausgesprochen. Trotzdem dem Mann der Ehebruch nachgewiesen wurde, hat man die Klage der Frau abgewiesen und ihr die Kosten des Verfahrens aufgebürdet. Begründung: „Die Frau wollte seit Monaten nichts mehr von ihrem Mann wissen. Sie versagte ihm jede Annäherung und lockte ihn aus, als er auf seinem Recht bestehen will. Sie ruft ihm bei einem Streit zu: „Nimm dir eine Melchie oder eine andere Frau!“ Der Mann befolgt den Rat und knüpft Beziehungen zu einer jungen Künstlerin an. Da wird die Frau eifersüchtig, fordert ihren Gatten zur Rückkehr in die gemeinsame Wohnung auf und verklagt ihn vor dem Pariser Kammergericht. Wörtlich heißt es dann in dem salomonischen Urteil des Richters Kollet: „Es ist zuzugeben, daß der Ehebruch begangen wor-

den ist, aber es muß in Betracht gezogen werden, daß die Mätresse kein Recht hat, sich darüber zu beklagen; denn sie selbst hat jede Beziehung mit dem ihr angetrauten Mann abgelehnt und ihn dadurch gezwungen, sich aus Gesundheitsrücksichten einer anderen Frau zuzuwenden.

Wildwest scheint in New York eine Fälsche aufgetan zu haben. Wie die New Yorker Polizei berichtet, ist es gelungen, den Großteil der New Yorker Verbrecherbanden dingfest zu machen, die sich in letzter Zeit mit einem eigenartigen Sport der „Blutrache“ die Zeit vertrieben haben. Zwei Banden logen seit Wochen in einem erbitterten Kampf. Erst wurde der Führer der einen, Louis Schwarzmann, durch den Anführer der anderen, Sid Dropper, mit einem Revolveranschlag ums Leben gebracht. Kurz darauf „starb“ Dropper, als er in der Wodkafabrik freigesprochen, das Gerichtsgebäude verließ. Auch der Nachfolger Droppers, Louis Cohen, wurde bei diesem eigenartigen Duell der beiden Verbrecherbanden ums Leben gebracht, und sieben Todesopfer folgten noch im Verlauf des eigenartigen Sports.

Wetterübersicht vom 5. Mai. Nur die Nordhälfte Böhmens blieb Dienstag niederschlagsfrei und am Nordrande des Landes war es ziemlich heiter; im ganzen übrigen Staatsgebiete blieb es trüb mit Niederschlägen, deren Ergiebigkeit gegen Osten zunahm. Die größten Regenmengen bei Mittwoch früh meldeten Südmähren (Stražnice 19 Millimeter) und die Slowakei und Karpatoruhsland (Nittra 10, Ungar 11 Millimeter). Die Abkühlung breitete sich auch auf die Osthälfte des Staates aus. In Böhmen hat sich die Temperatur demgegenüber etwas erhöht. Nachmittagsmaxima in Böhmen und Mähren 10 bis 12 Grad, in der Slowakei 16 bis 18 Grad Celsius. Mittwoch früh fiel entlang des ganzen Südrandes des Staates Regen. — Wahrheitscheinliches Wetter von Donnerstag: Anbauern des unbefruchteten, ziemlich bewässerten Wetters, besonders im Süden und Osten des Staates noch Niederschlagsneigung, etwas wärmer.

Nicht weniger gefährlich ist die Arbeit im Hammerwerk,

wo gewaltige Dampfhammer, die mit einer Kraft von zwölf Waggons (12 Millionen Kilogramm) auf die glühenden Metallstücke herunterfallen, im Groben dem Stahl die gewünschte Form geben und wo die Arbeiter mit langen Eisenstangen die Stücke drehen und wenden, damit der Hammer das Stück an der richtigen Stelle breit schlägt. Weniger gefährlich ist die Arbeit in jenen Räumlichkeiten, wo der Form des Stahls alle jene Feinheiten eingefügt werden, die notwendig sind. An Drehbänken und Bohrmaschinen, in der Schmiede, in den Erzeugungstätten für Kurbelwellen, Federungen für Eisenbahnwaggons, Autos, landwirtschaftliche Maschinen, arbeiten qualifizierte Arbeiter, welche mit Meßinstrumenten ausgestattet, diese anstrengende, die Aufmerksamkeit voll in Anspruch nehmende, höchste Geschicklichkeit erfordernde Arbeit leisten.

Besondere Aufmerksamkeit wird in den letzten Jahren in jedem Industriebetrieb der Wärmewirtschaft

gewidmet. Es gilt die Kohle rationell bis auf die letzte Kalorie auszunützen. Verwendet werden nicht die teureren Kohlenarten, sondern Kohlenstaub, der nur acht Kronen pro Meterzentner, also den dritten Teil der Steinkohle, in dem Hausbrand Verwendung findet, kostet. Durch die bessere Ausnützung der Kohle werden zwanzig Waggons Kohle täglich erspart. Die Erzeugungskosten des Dampfes werden ständig herabgesetzt. 100 Kilogramm Dampf haben vor dem Kriege 60 Heller gekostet, sollen also jetzt — dem Index entsprechend — etwa fünf Kronen kosten, kosten aber nur 2,60 K, also die Hälfte. Die Kohle wird ständig auf ihre Zusammensetzung untersucht, ob sie nicht überbrannte Kohle enthält, eigene Meßapparate zeigen in jedem Augenblick die chemische Beschaffenheit der aus dem Kamin entweichenden Gase an, deren Wärme voll ausgenützt werden muß. Allein durch die wissenschaftliche Wärmewirtschaft, dadurch, daß man jeder Kalorie nachgeht, müssen die Produktionskosten des erzeugten Stahles mächtig gesenkt worden sein, was aber nicht den Arbeitern, sondern den Aktionären zugute gekommen ist.

Darin erschöpft sich auch Sinn und Zweck des gewaltigen Wertes, in dessen Lagerhaus man das Bild geschäftlicher Beziehungen empfängt, welche alle Länder der bewohnten Erde umfassen. Die Arbeit, welche die Ingenieure in dem chemisch-physikalischen Institut des Wertes leisten, um die Produktionsmethoden immer wieder zu verbessern, welche die kaufmännischen Angestellten vollbringen, um immer wieder neue Absatzmärkte zu gewinnen, welche die Arbeiter unter ständiger Lebensgefahr vollenden müssen, um ein hochwertiges, in jeder Hinsicht der Konkurrenz aller Länder gewachsenes Erzeugnis herzustellen, dient wohl technisch dazu, um Wirtschaft und Leben der heutigen Menschheit aufrechtzuerhalten, hat aber ökonomisch keinen anderen Zweck, als ein paar Nichtstuern hohe Dividenden und damit ein arbeitsloses Einkommen zu verschaffen. Wohl kann und ist ein technischer auf der Höhe stehendes Industriewerk Bewunderung entlocken, sein kapitalistischer Zweck muß unsere Feindschaft gegen eine Gesellschaftsordnung steigern, in der schlechtentlohnte Arbeiter unter ständiger Lebensgefahr ein paar Nichtstuern fronden müssen.

Im Stahlwert.

Die erste Schnellzugstation auf der Strecke von Prag nach Karlsbad ist Kladsno, das Herz des mittelböhmischen Industrievierecks. Schacht an Schacht, Fabrik an Fabrik reißen sich, ein Wald von Kaminen reckt sich in die Höhe. Einer der größten Betriebe daselbst ist die Polidhütte, wo gegenwärtig an 2700 Arbeiter Eisen zu Stahl härtten. Eine Menge verschiedenartiger Betriebe stehen dicht beieinander, eine große Halle erzeugt wird, das in aller Herren Länder ausgeführt wird. Hof ein Viertel der Erzeugnisse der Polidhütte wird im Inland verbraucht, drei Viertel aber gehen in das Ausland, auch die Stahlherzeugung ist Exportindustrie, stößt der Export infolge kritischer Verhältnisse auf dem Weltmarkt, so wird ein großer Teil der Arbeiter arbeitslos. Dabei geht die Ausschuh nicht etwa nur in jene wirtschaftlich nicht vollentwickelten Länder, die selbst keine Stahlindustrie besitzen, sondern auch in Länder, die wirtschaftlich vorge-schrittener sind als die Tschechoslowakei, wie Amerika, England, Frankreich, die selbst eine moderne, technisch hochstehende Stahlindustrie besitzen. In der Tschechoslowakei wird speziell hochwertiger Stahl erzeugt — einzelne Sorten sind nicht billiger als Silber —, der für Auto- und Luftschiffmotoren Verwendung findet und bei der Erzeugung von italienischen Automobilen ebenso benötigt wird wie bei englischen oder deutschen Maschinen und amerikanischen Pufffahrzeugen. Der Erfindungsgeist von Ingenieuren und Chemikern sowie die Geschicklichkeit der Arbeiter haben ein Produkt geschaffen, das sich die ganze Welt erobert hat.

Wen nun der Stahl in den erwähnten Formen abgekühlt ist, gelangt er zur Weiterverarbeitung ins Walzwerk, und zwar ins Grobwalzwerk, eventuell später ins Feinwalzwerk. Der Stahl erhält da zwischen Walzen die gewünschten Formen, etwa 1000 solcher Walzen stehen in zwei großen Hallen. Das Feinwalzwerk ist für den Laien der interessanteste Teil des Betriebes überhaupt. Der Stahl kommt da aus einer Walze in die andere, die Arbeiter ziehen mit Zangen das glühende Metall aus einer Walze in die andere. Immer dünner werden die roten Bänder, schließlich gleichen sie langen feurigen Schlangen, zwischen denen die Arbeiter mit bewundernswürdiger Geschicklichkeit umhertanzeln. Es ist ein Anblick, der einem den Atem raubt, denn es schaut aus, als ob die glühende toßbringende Schlange den Mann jeden Augenblick zerdrücken wollte. Ein schlechter Schritt — und Arme oder Beine sind verloren, ein Ausgleiten — und der Mann verbrennt. Und diese Menschen, die Tag um Tag und Stunde um Stunde ihres arbeitsreichen Lebens unter ständiger Lebensgefahr arbeiten, die jeden Augenblick darauf gefaßt sein müssen, sich auf dem Operationstisch Arme oder Beine abgeben zu lassen, haben nicht den Lohn eines qualifizierten Arbeiters! Sie sind nur angelernt, angelernt dazu, jeden Augenblick ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Da haben wir viereinhalb Jahre die Hölle des Krieges mitgemacht und haben die fürchterlichsten Qualen erduldet, haben jeden Augenblick die tödliche Kugel erwartet, die für uns bestimmt war. Hier aber — und nicht nur hier, im Bergbau und in der Schwerindustrie überhaupt — erleiden die Menschen ihr ganzes Leben die Qualen, die wir alle nach vier Jahren einfach nicht mehr ertragen konnten und abgeschüttelt haben. Da erzählt man von dem großen Unterschied zwischen manueller und geistiger Arbeit. Ein Bild in ein Drahtwalzwerk lehrt aber, welche Gesichtsgegenwart die „manuellen“ Arbeiter aufbringen müssen, damit sie nicht ums Leben kommen. Jede Minute muß die Aufmerksamkeit aufs äußerste angespannt werden — von angelernten Arbeitern, die kaum mehr als den Durchschnittslohn von etwas mehr als vier Kronen, der in der Polidhütte gezahlt wird, verdienen. Für vier Kronen in der Stunde eine geistig wie körperlich gleich anstrengende, lebensgefährliche Arbeit — das ist ein Bild des Kapitalismus, das sich manche sogenannten geistigen Arbeiter einprägen könnten, die mit Betrachtung auf jede körperliche Arbeit herabsehen.

Eine Ueberraschung für den Laien bietet schon das Gaswerk

des Unternehmens. Die Kohle wird nämlich nicht auf offenem Roß verbrannt, sondern sie wird vergast und das Gas dient zur Erzeugung der hohen Temperaturen, die bei der Verwandlung von Eisen in Stahl — die im Wesen darauf beruht, daß dem Eisen Kohlenstoff zugeführt wird — notwendig sind. Aber dieses Gas ist nicht identisch mit dem Leuchtgas, das im Haushalt Verwendung findet. Es ist Generatorsgas, bei dessen Gewinnung die Kohle nicht wie beim Leuchtgas verkokt, sondern nahezu völlig verbrennt. In mächtigen Kesseln wird das Gas erzeugt, aufgespeichert und dann weitergeleitet, das Gaswerk der Polidhütte allein macht den Eindruck eines großen Unternehmens. Aber die Arbeit dabei ist nicht ungeschicklich, sehr oft kommen darin Gasvergiftungen vor und das beständige Verweilen im Gaswerk greift den Körper des Arbeiters an.

Die eigentliche Stahlherzeugung

spielt sich in den Martinöfen ab, wo das Eisen bis auf 1600 und 1700 Grad erhitzt wird. In einem dieser Öfen, fünf bis zehn dicht beieinander in einer zweiten großen Halle, werden etwa einhalb Waggons Stahl auf einmal erzeugt, und zwar wird dieser Prozess vier- bis fünfmal im Tage wiederholt, so daß im Tage etwa 35 Waggons Stahl erzeugt werden können, was einer durchschnittlichen Jahresproduktion von 100.000 Waggons oder von einer Million Tonnen (1000 Millionen Kilogramm) gleichkommt. Die Glut in den Öfen ist so groß, daß man mit freiem Auge einen Blick durch eine Öffnung nicht tun kann. Mit einer blauen Brille bewaffnet, sieht man die glühenden Schwaden durch den Ofen ziehen und das heiße Eisen spritzen — ein Toben der gefe-

Jugendarbeit der Angestelltenorganisation.

Der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönan, hatte für Sonntag, den 2. Mai 1926 nach Teplitz-Schönan, Schloßgartenaal, eine Jugendkonferenz einberufen. Als erste Jugendkonferenz innerhalb der dem deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Organisationen muß sie als eine bedeutungsvolle Tagung nicht nur für die Angestelltenorganisation, sondern für unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden. Die planmäßige Werbe- und Erziehungsarbeit unter der Jugend als dem Nachwuchs der heutigen Gewerkschaftskämpfer ist eine Lebensfrage der Bewegung. Gerade in der letzten Zeit beginnen sich einzelne Verbände lebhafter denn je mit der Jugendfrage der verschiedenen Berufs zu befassen. Bei den Angestellten ist die Gewinnung der Jugend von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb finden wir in der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation schon seit länger die Einrichtung für Lehrlinge und jugendliche Berufsangehörige besonders ausgebaut.

Am Sonntag ging der Konferenz ein Begrüßungsbild im Schloßgartenaal voraus, zu dem sich neben den Jugenddelegierten aus dem gesamten Verbandsbereich auch Teplitz-er Jugendliche und erwachsene Mitglieder in stotlicher Zahl eingefunden hatten. Unter der Mitwirkung des Teplitz-er Jugendchors, der Herren Richter, Krenn und Noe-Nordberg vom Teplitz Stadttheater, sowie der Kollegin Konheiser nahm der Begrüßungsbild einen auch in künstlerischer Hinsicht voll befriedigenden Verlauf. In einer Begrüßungsansprache würdigte Kollege Löwit als Vertreter des Verbandsvorstandes die Bedeutung der Jugendkonferenz und hob auch in kurzen Zügen die bisher vom Verband für die jugendlichen Angestellten und Lehrlinge geleistete Arbeit hervor.

Die Jugendkonferenz wurde am Sonntag, dem 2. Mai nach 8 Uhr vormittags von Kollegen Löwit in Vertretung des Verbandsvorstandes mit einer Ansprache eröffnet. Die große Zahl der Konferenzteilnehmer (insgesamt 62 Anwesende) veranschaulicht am besten, daß die Wichtigkeit der Konferenz voll erkannt wurde.

Erster Berichterstatter war Kollege E. J. Blohs (Wodenbach) zum Verhandlungspunkte „Die Forderungen der Angestelltenjugend und die Ziele unserer Bewegung“. Er führte u. a. aus, daß es nicht nur die Nachwuchsfrage für den Verband allein ist, die zu dieser Jugendkonferenz und zur Gründung von Jugendgruppen führte, sondern es ist notwendig, eine starke Jugendbewegung zum Schutze der Angestelltenjugend zu schaffen Gerade in der Angestelltenjugend erleben wir die neuen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, die zu einer Arbeitsteilung, zu einer Arbeitserlegung führen. Die Kaufleute beeinträchtigen dadurch, daß sie viele billige Arbeitskräfte heranziehen, von denen nur mechanische Kenntnisse verlangt werden, die Erntigung unserer Jugend. Aber auch sonst versuchen es die Unternehmer mehr als jemals zuvor, den lernenden, sich erst entwickelnden jungen Menschen ihr bisherige Freiheit zu rauben. Der Vorstoß des Reichsbundes der Kaufmannschaft gegen unsere Bemühungen, die Lehrlinge für uns zu gewinnen erfolgte auch wohl deshalb, um die Angestelltenjugend von der Massenerkenntnis abzuhalten. Die hohe Zahl der Lehrburschen und Lehrlinge zeigt die große Gefahr, die der gesamten Angestelltenchaft erwachsen kann, wie starker Lohndruck, Verlängerung der Arbeitszeit usw. An den erwachsenen Angestellten liegt es nun, den Willen der arbeitenden Jugend zur Solidarität zu stärken, um gemeinsam mit ihnen eine bessere Lebensgestaltung zu erreichen. Der vom Reichsbund der Kaufmannschaft stammende Mustervertrag für die Lehrlinge im Handelsgewerbe ist derart reaktionär und schädlich für die Jugend, daß unbedingt daran gearbeitet werden muß, ihn verschwinden zu machen. Eingehend begründete Kollege Blohs unsere sozialpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen für die Angestelltenjugend.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Die praktische Arbeit in unseren Jugendgruppen“ sprach Kollege Rudolf Babor (Reichenberg). Er erläuterte die Tätigkeit in unseren Gruppen, die vor allem darauf eingestellt ist, die unter den gleichen Verhältnissen lebenden Jugendlichen, Burschen und Mädchen, in Kameradschaft einander näher zu bringen, um sie, die dorken, entbehren müssen, in schöner Gemeinschaft zusammenzuschließen und um das Solidaritätsgefühl in ihnen zu heben, so daß sie erkennen, daß sie Glieder einer Klasse sind. Sie haben in ihrem Lehrberufe die gleichen Leiden zu erdulden, das bringt sie einander näher; sie wollen auch gemeinsam eine freundschaftliche Gesellschaft pflegen; sie wollen mit- und füreinander eintreten, um auch für die Zukunft ihrer Klasse ein Fundament zu schaffen, auf dem sie dann später, als Erwachsene, weiterbauen wollen für eine bessere Zukunft.

Darauf referierte Kollegin Trude Knobloch (Wodenbach) über „Die Mitarbeit der weiblichen Angestelltenjugend“. Sie sprach über die mindere Wertung der weiblichen Angestelltenjugend und zeigte auf, wie sich die beruflich tätigen Frauen doch besonders während der Kriegszeit zu Qualitätsarbeiterinnen entwickelten, die man aber jetzt wieder zu willigen, billigen Arbeitskräften herabwürdigt. Eine umfangreiche Aufklärungsarbeit unter den doppelt gedrückten weiblichen Angestellten ist vor allem notwendig, um ihnen ihre Lage vor Augen zu führen, die sie oft noch gar nicht erkennen.

Die Wechselrede über die drei Referate wurde unter einem abgeführt. An ihr beteiligten sich die Kollegen und Kolleginnen: Hochberger (Karlsbad), der die Berufsberatung in den Kreisen der Erörterungen zog; Gerold Brumlik (Teplitz), der sich mit der Vorbereitung, mit den Lehrlingsheimen und mit dem Verhalten der älteren zu den jüngeren Angestellten beschäftigte; Schneider (Teplitz), der besonders die schlechte Lage der Lehrlinge in den Lebensmittelgeschäften schilderte; Elfe Bucher (Karlsbad), die das Hauptgewicht auf die praktische Arbeit in den Jugendgruppen legte, dafür verschiedene Richtlinien aufstellte; Karl Kern (Teplitz), der die Frage der beruflichen und gewerkschaftlichen Erziehung, die Berufsberatung, die Reform des Schulwesens und die Zusammenarbeit der jugendlichen Arbeiter und Angestellten besprach; Karl Schmidt (Teplitz), der vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkt zu den in der Konferenz behandelten Fragen Stellung nahm und insbesondere die Wichtigkeit der Kleinarbeit und die Notwendigkeit der Werbung und Hebung des Klassenbewusstseins unter den Jugendlichen hervorhob, sowie die Unerlässlichkeit der Herausgabe einer gewerkschaftlichen Jugendzeitung betonte; Fellinghauer (Komotau), der sich mit den Jugendbuchstellen und mit der Berufsberatung beschäftigte. Kollege Blohs nahm im Schlußwort zu den Ausführungen der einzelnen Debattierenden Stellung, beantwortete einzelne Anfragen und forderte insbesondere zur praktischen Arbeit in allen Ortsgruppen des Verbandes auf.

Sodann wurden die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorgelegten Anträge einstimmig angenommen. Der erste Antrag betrifft die Geschäftsordnung für die Jugendarbeit im Zentralverband der Angestellten der zweite Antrag das Programm, der dritte Antrag enthält Wünsche für die praktische Arbeit in den Jugendgruppen. Hieraus wurde die Wahl der Hauptjugendleitung durchgeführt. Die im Namen des Wahlvorstandes ausgesprochenen Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Es erschienen daher gewählt als Mitglieder der Hauptjugendleitung: Gerold Brumlik (Teplitz), Ernst Brünzner (Aussig), Trude Knobloch (Wodenbach), Herbert Müller (Reichenberg), Elfe Bucher (Karlsbad) und Gustav Richter (Prag); als Ersatz: Alfred Garais (Jolkenau), Liesl Rogert (Reichenberg), Willi Schneider (Teplitz) und Willi Werner (Wodenbach).

Die Welt hat Sorgen...

Nicht zu bestreiten: die Welt hat Sorgen! Da wird gebahret: George Willins in Memphis (Tennessee) wurde unter Anklage gestellt, weil er an einem Sonntag in einem Aëroplan aufstieg! — Die vierte Mount-Everest-Expedition muß leider unterbleiben, da Tibet für Nicht-Massifizierung der Expeditionenmitglieder keine Garantie übernehmen kann! — Amerikanische Archäologen haben in den Pyramiden von Sakkara Mumien aus der Zeit des Königs Seneferu entdeckt und stehen vor einem wissenschaftlichen Rätsel, da man bisher nur von einbalsamierten Geleim wußte! — Der Berliner Hungerkünstler Jolly hat einige zwanzig Pfund Körpergewicht geopfert, um der Wissenschaft den Nachweis zu liefern, daß der Mensch sich 44 Tage lang ausschließlich mit Selterwasser ernähren kann. — Der Pariser Schneiderkönig Voiret proklamierte unter Beifall in Paris den Silberjubiläum als einzig mögliche Frühjahrsbekleidung der Damenschultern. — Die amerikanische Frühjahrsmode diktiert die Anbringung der bisherigen Umbandur am goldbrokatenen Strumpfband (unter dem Knie zu tragen)! — 10 Millionen englische Familien gaben 1925 für Alkohol 30, für Milch 10 Milliarden aus! — Die offizielle Verfindung des Charlestons als Tanz der kommenden Saison wurde von den vereinigten Berliner Tanzclubs beschlossen! — Stresemann begründete im Reichstag die Genfer — Doch das interessiert nicht! Die Welt hat andere Sorgen! Als da sind:

Die Königin der Damenfrisuren. Monsieur Antoine aus Paris, hat endlich, endlich Berlin mit seinem Besuche beehrt. Was wäre dagegen Brand! Die Berliner Presse begrüßte Antoine und widmete ihm die gleiche Anzahl Spalten wie z. B. dem Volksbegehren, der Rückkehr der deutschen Genf-Delegation, der Brand-Kammerdebatte und dem Böhmfest. Denn Antoine ist der Erfinder des Bublikopfes! Also wurde er interviewt, von der Presse befragt, ist er der Clou, die neue Attraktion! Und wir lesen: „Antoine wurde feierlich am Bahnhof begrüßt mit den herrlichen Worten: „Les femmes élégantes vous attendent!“ (Die eleganten Frauen erwarten Sie!) Antoine erklärte: „Je suis très content de ce Berlin!“ (Ich bin sehr zufrieden mit diesem Berlin!)

Wir können also beruhigt sein: Antoine war auf das angenehmste überrascht, daß Berlins elegante Damenwelt ihn erwartete und hielt bereitwilligst Cercle. Er erklärte, daß „jede künstlerisch empfindende Frau nur den Bublikopf tragen dürfe“, der „bei seiner großen Einfachheit und strengen Logik das einzig Gegebene für die Frau von heute“ sei! Antoine wurde gefeiert und an den diversifsten gastlichen Stätten der Berliner Gesellschaft applaudiert, wobei er bereitwilligst aus seiner verdienstvollen Praxis zwecks weiterer Veröffentlichung erzählte, so u. a., daß er persönlich nur Hand anlege, wo es sich um eine neue „création“ handle, daß in seinem Pariser Salon täglich 150 Bubliköpfe geschnitten würden, daß die Frau eines berühmten Finanzmagnaten ihn eben antelegraphiert habe: „Ich bitte um sofortigen telegraphischen Bescheid, ob ich mir meine Haare schneiden lassen soll. Der Friseur wartet“, daß die Frau eines englischen Diplomaten ihn einmal telegraphiert habe: „Ich erwarte Sie am Montag um 10 Uhr vormittags, um mir durch Sie eine Frisur machen zu lassen. Sie können zehn Tage bei uns wohnen“, daß eine Dame ihn geschrieben habe: „Danke Ihrer Frisur habe ich mich heute abend verlobt!“, und daß eine französische Dichterin ihm ein Buch gewidmet habe mit folgendem weiterführenderem Besenstimm: „Sie sind der einzige Mann, von dem ich nicht lassen kann!“ und daß er, Monsieur Antoine, es als die „größte Wohltat, die man Menschen erweisen könne“, aufzähle, ihnen per Bublikopf „Glück und wahren, inneren Reichtum zu spenden“. Und das ergab rund ein Dutzend Artikel zu je rund zwei bis drei Spal-

ten, die das Berliner Publikum natürlich mit der gebührenden Ehrfurcht in sich aufnahm. Kein Wunder also, daß die Genfer Frage, Volkswirtschaft und Reichstagsdebatten hier und da etwas gestrichen werden mußten — denn Antoine ist augenblicklich unser Clou! Und — wir leben im zwanzigsten Jahrhundert...

Volkswirtschaft. Arbeiterurlaube.

Ein Gesetzesausgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei (Reichenberg, Krübergasse 1) hat ihrer Sammlung der Gesetze für Arbeiter und Angestellte mit Erläuterungen ein neues (drittes) Heft hinzugefügt, welches das Gesetz vom 3. April 1925, Sammlung der Gesetze und Verordnungen Nr. 67, betreffend die Einführung eines gesetzlichen Urlaubes für Arbeitnehmer mit einer Einbegleitung und ausführlichen Erläuterung enthält. In der Einleitung wird zunächst ein kurzer Ueberblick über die Arbeiterurlaubs-gesetze in den verschiedenen Staaten des Auslandes gegeben und sodann die Urlaubs-gesetze für gewisse Schichten von Arbeitnehmern in der Tschechoslowakei, wie Privatangestellte, Bergarbeiter, Eisenbahner und Staatsangestellte, wiedergegeben. Den Hauptteil des Büchleins aber bildet das Gesetz vom 3. April 1925, das mit ausführlichen praktischen Erläuterungen versehen ist. Das Büchlein, welches nur drei Kronen kostet, sollte in der Hand jedes Vertrauensmannes sein.

Exportkreditversicherung überall.

Der Kampf um die Absatzmärkte nimmt immer großzügigere Formen an. Fast hat es den Anschein, als ob gegenwärtig die Fragen der handelspolitischen Regelung zwischen den einzelnen Staaten gegenüber der in allen Ländern aufgenommenen oder mindestens angestrebten Exportkreditversicherung in ihrer Bedeutung zurücktreten. In Deutschland ist zum Beispiel beabsichtigt man gegenwärtig, eine Exportversicherung nach deutschem Muster einzurichten. Anlaß dazu gaben das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Oesterreichischen Nationalbank und den Vertretern der Sowjetunion über die Eskomptierung der russischen Wechsel. Da aus einer ganzen Reihe von erwarteten Geschäften nach Rußland anscheinend nichts wird, verlangt man von der Regierung mögliche Unterstützung der Exporttätigkeit.

Bon ganz besonderem Interesse sind die Erweiterungen, die man bei der englischen Exportversicherungsgesellschaft, der Exportkreditfacilities und deren Tätigkeit, plant. Die Regierung soll die Möglichkeit erhalten, statt der bisher vielfach zu niedrig empfundenen Risikobeteiligung von 42% Prozent des Exportgeschäftes in Einzelfällen sich bis zu 75 Prozent zu beteiligen. Es sind demnach folgende Kreditierungsmöglichkeiten gegeben. Die Regierung übernimmt 75 Prozent des Risikos oder die Regierung übernimmt die Garantie für die Zahlung, läßt aber den Rückgriff auf den Exporteur offen; Mittens: die Vereinigung beider Möglichkeiten, die Regierung garantiert bis zu 75 Prozent und läßt den Rückgriff auf den Exporteur zu einem geringeren Maße, der von Fall zu Fall festzusetzen ist, offen.

Das neue Gesetz über die Exportkreditversicherung in Deutschland haben wir vor einigen Tagen bereits besprochen. In der Tschechoslowakei freilich kennt man kein anderes Mittel der Sanierung der Wirtschaft als hohe Zölle.

Prager Produktentbörse. (Offiz. Bericht vom 4. Mai.) Bei unveränderter Lage der Auslandsmarkte tendierte der heutige Verkehr an der Prager Produktentbörse etwas flauer. Bei günstigem Frühjahrswetter und Saatensland kann man eine gute Ernte erwarten. Diese Tatsache beeinflusst die Preisentwicklung auf allen Gebieten der Produktentbörse. Im heutigen Verkehr konnte man eine starke Zurückhaltung beobachten, so daß hauptsächlich Getreide bei einem größeren Angebote etwas nachlassen mußte. Weizen, Hafer vermochte sich zu behaupten und prima Haferforten waren sogar imstande zu befestigen. Der Haltung im Getreide schloß sich die Stimmung am Maismarkt an und Mais konnte gleichfalls den Preis von der Vorwoche nicht behaupten. Am Mehlmarkt sind keine Preisveränderungen eingetreten. Fest tendierten Stroh und Heu, während die übrigen Futtermittel unverändert blieben. Hülsenfrüchte behauptet. Fett, sowohl ungarisches als auch amerikanisches, zogen etwas an. Auf den übrigen Märkten keine Preisveränderungen. Die Börse war stark besetzt. — Es notierten in Kč: Böhmi. Weizen, Prag 200—205, böhm. Roggen, Prag 120—125, böhm. Marktgerste, Prag 130—135, böhm. Futtergerste, Prag 145—150, böhm. Hafer, feuchter, Prag 130—135, böhm. Weichhafer, Prag 145 bis 148, amerik. Patentmehl, Teischen 3.55—3.65, Weizenmehl 055, 3.70—3.75, Weizenbrotmehl Nr. 4 2.10—2.20, Roggenmehl 0/1 2.40—2.45, Weizenmehl 1 2.20, Weizenmehl 3.80—3.90, Reis Burma II, Teischen 2.85—2.90, Reis Arracan, Teischen 2.85—3.00, Reis Moulman extra, Teischen 3.50—3.55, Reis ital., poliert, Prag 4.20, Kaffee Rio 27.50—28, Kaffee Santos 30—33, Kaffee Quatemala 34.50—38, Kaffee Bontoriko 37.50—38, Tee Soukong 54, Tee Orange Becco 58—65, Parimandeln 84, Mandeln gekautbe 36, Rosinen 15—22, Pflaumen böhm. 3.50 bis 4, Mohri böhm. 10.90—11.10, Kümmel böhm. 4.20—4.70, Kümmel holländischer 5—5.25, Erbsen grüne 2.80—3.20, Erbsen gelbe 1.75—2.20, Erbsen Viktoria 2.50—2.80, Linsen 3—4, Weichbohnen 1.80 bis 1.70, Hirse 2.70, amerik. Fett, Teischen 13.75 bis 13.80, Fett heimisches 14.10—14.20, Esstoffsäure ab Verladung 30—33, Mais jagost, Breßburg 99, Mais rumän., Kleinfrüher, Ederberg 109, Mais Cinquintino, Ederberg 112, Mais La Plata, Teischen 132, Heu böhm., loses, Prag 70—75, Heu böhm., gepreßt, Prag 80—82, Futterstroh gepreßt, Prag 40—44, Strohstroh, gepreßt, Prag 45 bis 50, Langstroh, Prag 55—58, Weizenkleie inkl. Säcke, Verladung 92—100, Roggenkleie inkl. Säcke, Verladung 92—100, Malzblüte 95—105, Hopfen 150—175, Leinöl 180—195.

Kunst und Wissen.

Emmy Sturm, die rasch zur Berühmtheit gelangte Berliner Operettendiva, hat ihr diesjähriges Prager Gastspiel am Neuen deutschen Theater mit der historischen Operette „Der süße Kavalier“ von Leo Fall, in der sie schon voriges Jahr in Prag und anderwärts triumphale Erfolge geerntet hatte, begonnen. Sie hat, wie zu erwarten war, auch diesmal in dieser ihr lausigen auf den Leib geschriebenen Hofentrolle des süßen Kavaliers die überaus zahlreiche Zuhörerschaft begeistert, und zwar ebenso durch die charmante, Wärme und Liebreiz ausstrahlende Art ihres temperamentvollen Spielens wie durch ihre ausgezeichneten gefanglichen Tugenden und eleganten tänzerischen Leistungen. Daß Emmy Sturm eine echte Künstlerin ist, beweist die immer vornehme Note ihrer Darstellung, die sich von Uebertreibungen freihält und derbe Effekte vermeidet. Neben der gefeierten Künstlerin bestanden die Hauptdarstellerinnen und Darsteller unseres eigenen Operettensembles mit höchsten Ehren, insbesondere die Damen Lord und Jenny sowie die Herren Gabriel (der sogar seine Mitspieler zu begeistern ver-

mag), Fleischmann und Rober. Stadlers bewährte Regie und Kapellmeister Waiganda rhythmisch lebendige musikalische Leitung trugen wesentlich dazu bei, den Operettenabend zu einem ausnahmsweise auch in diesem Genre einmal künstlerisch-reproduktiven bedeutsamen Ereignis zu gestalten. Es gab Beifallstürme und mehrfache Wiederholungen wie bei einer Premiere. —cl.

Dienstag „Hamlet“ im modernen Kostüm. In der nächsten Woche wird das Prager Publikum — Gott sei's geklagt! — Gelegenheit haben, die viel besprochene moderne Hamlet-Inszenierung des englischen Regisseurs R. S. Klyff von den Birminghamer Repertory Players kennen zu lernen, der das erste Landestheater autorisiert hat, das Werk in seiner Inszenierung und mit der Londoner Originalmusik herauszubringen. Erstaufführung am Dienstag, den 11. d. M.

Mittwoch letztes philharmonisches Konzert. Mittwoch, den 12. d. M., findet unter der Leitung Zemlin's das 4. ödenliche (letzte) philh. Konzert dieser Spielzeit statt. Solist der bekannte Violoncellvirtuose Prof. Friedrich Duxbaum.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag 7 Uhr Gastspiel Emmy Sturm: „Der süße Kavalier“. Freitag 7 Uhr „Eugen Onegin“. Samstag bis 8 Uhr Gastsp. Emmy Sturm: „Die spanische Nachtigall“. Sonntag halb 8 Uhr nachm. „Der fröhliche Weinberg“, halb 8 Uhr Gastsp. Emmy Sturm „Die spanische Nachtigall“. Montag 7 Uhr „Eugen Onegin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Die deutschen Kleinstädter“. Freitag Kulturverbandsvorst. „Jonny's Busenstrenn“. Samstag halb 4 bis halb 6 Uhr Festspieladademie; halb 8 Uhr „Phygmalion“. Sonntag 3 Uhr „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Buben in der Schule“, „Der Selige“; halb 8 Uhr „Der wahre Jakob“ Montag Bankbeamtenvorst. „Der leutsche Lebemann“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag, Sonntag, den 9. Mai nach Liblice — Salsokaneral. Abfahrt vom Bräuhöfener Bahnhof um 8.25 Uhr früh. Führer: Zechner. — Anmeldeungen zur Hingstfahrt in den Böhmerwald im Vereinsabend am 12. Mai, Mittwoch Café Rizza.

Turnen und Sport.

5. Kreis (Samariter). Sonntag, den 9. Mai um 11 Uhr vormittags in der Bezirkskrankenkassee in Teplitz Bezirksteilungsgesellschaft.

Herausgeber Dr. Ludwig Egech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Nitzner.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: D. Solit.

Bad Bohdaneč

heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias und Frauenleiden. — Berühmte Moorbäder. — Radioaktive Quelle. — Tausende Dankschreiben. — Modernst eingerichtet. — Riesiger Park und Wälder. — Allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAI. Prospekte gratis.

Kleine Chronik.

Hände und Gesundheit. Man sollte es gar nicht glauben, wie oft man Menschen trifft, die ihren Händen nur eine oberflächliche, völlig unzureichende Säuberung zuteil werden lassen — obwohl sie mit diesen Händen Eingegebenstände anfassen, die sie verzehren und mit diesen unsauberen Händen anderen Menschen Speisen reichen sowie sich selbst wie auch ihren Mitmenschen nicht selten damit ins Gesicht fassen; kurzum derartige unsaubere Personen können leicht eine Gefahr für sich und ihre Umgebung werden, zumal wenn sie mit Eßsachen in- und außerhalb der Küche zu tun haben. Schon so manche Typhusepidemie ist durch die unsauberen Hände eines Wetzlers entstanden; der Mann war dann ein sogenannter Bazillenträger, d. h. er schied — ohne selbst mehr krank zu sein — dauernd Typhusbazillen aus, die infolge von Unachtsamkeit an seine Hände gelangten und, da er diese nicht gründlich reinigte, bei dem Sanieren in die Milch gerieten. In ähnlicher Weise kann das Auftreten von Typhus- und Ruhrerkrankungen durch unsaubere, bazillenträgender Hände von z. B. hervorgerufen werden. Unsere Hände können, selbst wenn wir keine Erdarbeiter sind, dennoch täglich unzählige Male mit Schmutz und darin enthaltenen Krankheitserregern in Berührung und fest bleiben Spuren davon an den Fingern zurück; mit Vorliebe legt sich der Schmutz unter den Nägeln fest an denen Kinder — wie aber auch Erwachsene — einer schrecklichen Ungezogenheit folgend, nicht allzu selten zu knabbern pflegen, um bei dieser Gelegenheit alles mögliche Unzuträgliche herunterzuschlucken. Aber es ist gar nicht notwendig, diese besonderen Fälle herauszugreifen; auf alle Eßsachen, die wir mit ungeräumten Händen anfassen durch Verührung der Mund- und Nasenschleimhaut mit schmutzigen Fingern können Krankheitserreger übertragen werden, zumal wenn sich in unserer Umgebung ein bazillenausscheidender und

überlulöser Mensch befindet; und mit solchen Menschen haben wir es besonders in der Großstadt, ohne es zu wissen, fast täglich zu tun. Hier sind vorwiegend die kleinen Kinder tuberkulöser Eltern gefährdet, die mit Vorliebe aus dem Boden herumkrabchen, mit dem Tuberkelbazillen enthaltenden Schmutz des Fußbodens in Berührung kommen und sich so mit Tuberkelbazillen infizieren. Man bezeichnet denn auch diese Uebertagungsart der Tuberkulose als Schmutz- oder Schmierinfektion im Archaismus. Der allgrößte Gefahr jedoch durch unsaubere Hände ist das Krankenpflegepersonal ausgefetzt, zumal wenn es bei Personen mit ansteckenden Krankheiten tätig ist. Hier genügt die übliche Form der Händereinigung nicht, sondern hier müssen außerdem noch keimtötende (desinfizierende) Waschlösungen angewandt werden, die gleichermaßen auch für die pflegenden Angehörigen in Frage kommen. Im allgemeinen ist der Grundlag anzustellen, daß vor jeder Nahrungsaufnahme — und gerade vor dem Verzehren eines Butterbrotes — die Hände gründlich mit Wasser, Seife und Bürste zu reinigen sind und daß ebenfalls die Nägel mittels Bürste und Nagelreiniger gründlich gesäubert werden müssen. Man sollte die Kinder frühzeitig daran gewöhnen, sobald sie aus der Schule oder vom Spiel nach Hause kommen, ihre Hände und Nägel zu säubern; so manche Krankheit kann man durch diese doch recht einfach vorzunehmende Prozedur sich und seiner Umgebung ersparen.

Ein Theaterlandal in Paris.

Im staatlich subventionierten Theater der „Comédie Française“ kam es kürzlich zu einem leidenschaftlichen Stot- und Brüllkrieg zwischen der „Linken“ und der „Rechten“. Der eiserne Vorhang wurde herabgelassen; auf der Galerie, in den Logen, im Parkette schrie man sich gegenseitig an; Männer mit bärigen Schnurrbärten eilten geschäftig im geheimen Auftrage der heiligen Germandad

hin und her; auf der Bühne hielt das älteste Mitglied des Theaters, Herr de Béroudy, eine kurze patriotische Ansprache, um zu versichern, daß er, Kind und Enkel von Offizieren, niemals eine Rolle in dem ausgeführten Stücke angenommen hätte, wenn es wirklich die Armeekorps verhöhnend, und daß er sich wundere... Weiter kam er nicht, denn einige Dutzend Zuhörer im Orkyp und in der Ebene schmetterten die Marschlied- und Boulevardlieder in den Raum. Hilflos und erschrockt stand in der Mittelloge des ersten Ranges Herr Fabre, der Generalintendant der „Comédie Française“. Schließlich wurde mit Ach und Krach doch weitergespielt, immer wieder von neuen, wohlvorbereiteten Gewittern unterbrochen. Die Männen der „Patriotischen Jugendliga“, die Getreuen der „Katholischen Föderation“, die den General de Castelnau zum Führer hat, die „Camelots du Roi“ der Herren Maurras und Daubert hielten sich an den Befehl, Krach zu machen, weil das Stück mit dem Titel „Le Carcoffe“ („Das Gerippe“) einen sehr unehelichen General zur Hauptfigur hat, der die Rolle eines Zuhälters seiner Gattin spielt.

Die ersten Aufführungen des Stückes, dessen literarischer Wert von Leuten der verschiedensten politischen Richtungen einmütig als keineswegs groß eingeschätzt wird, waren vor sich gegangen, ohne daß irgendein „linker“ oder „rechter“ Schrei danach geäußert hätte. Als aber General de Castelnau, die „Patrioten-Liga“ und die royalistische „Action Française“ ihre Fänger zum Protest gegen die „Verhöhnung der gesamten Armee“ ausgespuckt hatten, war plötzlich das Theater ausverkauft. „Was gebietet die Regierung zu tun, um dem Standal der Aufführung eines solchen Stückes ein Ende zu bereiten?“ fragte der nationalstische Abgeordnete Desjardins in der Kammer. „Gar nichts“, erwiderte in lauestem Tone der Unterrichtsminister Lamoureux. „Das Stück ist unter Wahrung aller Vorschriften vom Lesecomitee der „Comédie Française“, zum Generaldirektor und von meinem Vorgänger zur Aufführung angenommen worden; der Polizeipräsident allein hat jetzt

für Ordnung zu sorgen. Das Stück wird weitergespielt werden.“ Schon bereitete sich der literarisch äußerst gebildete Polizeipräsident auf die Bildung von Anklage-Graben im Theater vor, als die Autoren plötzlich das Stück zurückzogen. Für den folgenden Sonntag war es wieder angekündigt; das Theater war ausverkauft; achtzehntausend Papierfranken Einnahmen füllten die Kassen. Statt dessen drohten am Abend die breiten Tiraden des „Fernani“ von Victor Hugo in den leeren Saal. Prompt wird nun der Unterrichtsminister von der Linken interpelliert. Wieder erwidert Herr Lamoureux in lauestem Tone: „Ich hab's nicht gewollt. Die Autoren haben freiwillig ihr Stück zurückgezogen; sie daran zu verhindern, war nicht meine Aufgabe.“

In Wirklichkeit dürften die Autoren wohl „guten Ratschlägen“ gefolgt sein. Finanziell haben sie ja nach der Reklame dieses Theaterstüdes nichts zu befürchten. Die Boulevardtheater reifen sich um das Stück und es wird dort mehr Aufführungen erleben, als es jemals im klassischen Hause Molitres gesehen haben würde.

Der Papst als Modeschöpfer. Bei einer Audienz, die spanische Damen der Ordensgenossenschaft vom heiligen Herzen im vorigen Jahre, dem „heiligen Jahre“, beim Papste hatten, sprach sich der Papst sehr scharf gegen die heutigen Moden aus, die nach seiner Auffassung die christliche Sittsamkeit und Sitte verletzen. Diese Rundgebung wurde der Königin von Spanien mitgeteilt. Seitdem dürfen bei kirchlichen Feiern bei Hofe die Damen nur in hochgeschlossenen Kleidern mit langen Ärmeln und Ärmeln erscheinen. Daraus erwuchs eine beinahe nicht zu bewältigende Fülle von Arbeit für die Modrednerinnen, die Tag und Nacht zu tun hatten, um die nötigen vorchriftsmäßigen Kleider herzustellen. Es ist schade, daß man nicht einmal einen verstoßenen Bild in den Himmel werfen und nachsehen kann, ob der liebe Gott sich auch recht darüber freut hat, daß die Damen des spanischen Hofes ihn nun in so sitzamer Gewandung berechnen.